



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 20/XI/2008
K(2008) 6816 endgültig

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20/XI/2008

zur Genehmigung des Mehrjahresprogramms für den Zeitraum 2007-2013, des Jahresprogramms 2007 und des Jahresprogramms 2008, die Deutschland im Rahmen des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen vorgelegt hat, sowie der Kofinanzierung aus diesem Fonds für 2007 und 2008 zugunsten von Deutschland

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20/XI/2008

zur Genehmigung des Mehrjahresprogramms für den Zeitraum 2007-2013, des Jahresprogramms 2007 und des Jahresprogramms 2008, die Deutschland im Rahmen des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen vorgelegt hat, sowie der Kofinanzierung aus diesem Fonds für 2007 und 2008 zugunsten von Deutschland

(nur der deutsche Text ist verbindlich)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 2007/435/EG des Rates vom 25. Juni 2007 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“¹, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 5 und Artikel 19 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 11. Dezember 2007 unterbreitete Deutschland der Kommission den Entwurf eines Mehrjahresprogramms für den Zeitraum 2007 bis 2013. Nach Überarbeitung dieses Entwurfs ging die endgültige Fassung am 22. September 2008 ein. Diese umfasst die in Artikel 17 Absatz 1 der Entscheidung 2007/435/EG vorgeschriebenen Elemente. Die Kommission hat sie gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Entscheidung 2007/435/EG und im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit der Entscheidung K(2007) 3926 der Kommission vom 21. August 2007 zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013 geprüft.
- (2) Am 11. Dezember 2007 unterbreitete Deutschland der Kommission den Entwurf eines Jahresprogramms für 2007. Nach Überarbeitung dieses Entwurfs ging die endgültige Fassung am 25. September 2008 ein. Diese umfasst die in Artikel 19 Absatz 3 der Entscheidung 2007/435/EG vorgeschriebenen Elemente und wurde nach Maßgabe des Mehrjahresprogramms ausgearbeitet.
- (3) Am 6. März 2007 unterbreitete Deutschland der Kommission den Entwurf eines Jahresprogramms für 2008. Nach Überarbeitung dieses Entwurfs ging die endgültige Fassung am 25. September 2008 ein. Diese umfasst die in Artikel 19 Absatz 3 der Entscheidung 2007/435/EG vorgeschriebenen Elemente und wurde nach Maßgabe des Mehrjahresprogramms ausgearbeitet.

¹ ABl. L 168 vom 28.6.2007, S. 18.

- (4) Am 10. März 2008 unterbreitete Deutschland gemäß Artikel 30 Absatz 2 der Entscheidung 2007/435/EG eine Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme, die die in Artikel 30 Absatz 2 der Entscheidung 2007/435/EG vorgeschriebenen Elemente umfasst. Diese Verwaltungs- und Kontrollsysteme wurden einer Überprüfung unterzogen. Die infolgedessen überarbeitete Beschreibung ging am 25. August 2008 ein.
- (5) Es gilt festzuhalten, in welcher Höhe der Mitgliedstaat eine Kofinanzierung erhalten soll.
- (6) Es ist angezeigt, einen Schlusstermin für die Förderfähigkeit der Ausgaben gemäß den Ziffern I.4 und V.3 des Anhangs XI der Entscheidung 2008/457/EG der Kommission vom 5. März 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung 2007/435/EG² des Rates festzulegen.
- (7) Die globale Mittelbindung für 2007 im Rahmen des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen ist auf der Grundlage der Entscheidung K(2007) 5806 der Kommission vom 30. November 2007 über die Mittelzuweisungen für das Haushaltsjahr 2007 zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ erfolgt.
- (8) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der Stellungnahme des durch Artikel 56 Absatz 1 der Entscheidung Nr. 574/2007/EG³ eingesetzten Ausschusses –

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Mehrjahresprogramm, das Deutschland für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2013 vorgelegt hat und das dieser Entscheidung als Anhang 1 beigelegt ist, wird genehmigt.

Artikel 2

Das Jahresprogramm, das Deutschland für 2007 vorgelegt hat und das dieser Entscheidung als Anhang 2 beigelegt ist, wird genehmigt.

Artikel 3

Das Jahresprogramm, das Deutschland für 2008 vorgelegt hat und das dieser Entscheidung als Anhang 3 beigelegt ist, wird genehmigt.

² ABl. L 167 vom 27.6.2008, S. 69.

³ ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 22.

Artikel 4

Für das Haushaltsjahr 2007 wird Deutschland ein Kofinanzierungsbetrag von insgesamt 10 389 328,83 EUR aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen zugewiesen.

Artikel 5

Für das Haushaltsjahr 2008 wird Deutschland ein Kofinanzierungsbetrag von insgesamt 10 808 668,43 EUR aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen zugewiesen.

Artikel 6

Für das Jahresprogramm 2007 ist der 31. Dezember 2009 der letzte Tag der Förderfähigkeit der Ausgaben für Maßnahmen und der 30. September 2010 der letzte Tag der Förderfähigkeit der Ausgaben für technische Hilfe.

Artikel 7

Für das Jahresprogramm 2008 ist der 31. Dezember 2009 der letzte Tag der Förderfähigkeit der Ausgaben für Maßnahmen und der 30. September 2010 der letzte Tag der Förderfähigkeit der Ausgaben für technische Hilfe.

Artikel 8

Für das Jahresprogramm Deutschlands für 2007 gilt diese Entscheidung als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften⁴ und von Artikel 90 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften⁵.

⁴ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.
⁵ ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1.

Artikel 9

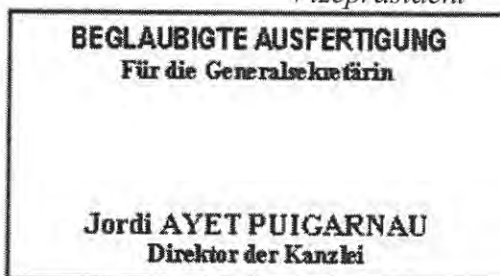
Für das Jahresprogramm Deutschlands für 2008 gilt diese Entscheidung als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften⁶ und von Artikel 90 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften⁷.

Artikel 10

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 20/XI/2008

Für die Kommission
Jacques BARROT
Vizepräsident



⁶ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.
⁷ ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1.

ANHANG 1

Mehrjahresprogramm Deutschlands für den Zeitraum 2007-2013

ANHANG 2

Jahresprogramm Deutschlands für 2007

ANHANG 3

Jahresprogramm Deutschlands für 2008



**Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge**



**Zuständige Behörde
- EU-Fondsverwaltung -**

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

Europäische Kommission
Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit
Referat B 4: Europäischer Integrationsfonds
Frau Muriel Guin (Referatsleiterin)
LX 46 2/43

B – 1049 Brüssel

HAUSANSCHRIFT Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

POSTANSCHRIFT 90343 Nürnberg

BEARBEITET VON - Hr. Winter
Leiter EU-Fonds ZustB

TEL +49 (0)911 943-3900

FAX +49 (0)911 943-6899

E-MAIL rudolf.winter@bamf.bund.de

INTERNET www.bamf.de/template/index_eff_fonds.htm

DATUM 25.09.2008

MEIN ZEICHEN EU-ZustB – EIF MJP/JP07/JP08

BETREFF **Europäischer Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen in Deutschland
Mehrjahresprogramm, Jahresprogramm 2007 und Jahresprogramm 2008 der
Bundesrepublik Deutschland -**

IHR ZEICHEN ---

ANLAGEN Entwürfe des Mehrjahresprogramms 2007 – 2013 und der Jahresprogramme 2007 und 2008

Sehr geehrte Frau Guin,

anbei übersende ich Ihnen den Entwurf zum Mehrjahresprogramm 2007 - 2013 sowie zu den beiden Jahresprogrammen 2007 und 2008 betreffend Umsetzung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland.

Es handelt sich um die Endfassungen, wie sie mit Herrn Burtin inhaltlich abgestimmt worden sind.

Mit freundlichen Grüßen

(Winter)

VERKEHRSANBINDUNG U-Bahn: U1, U11 bis Frankenstraße
Tram: Linie 7, Bayernstraße
Bus: Linie 65, Hiroshimaplatz

BANKVERBINDUNG Kontoinhaber: Bundeskasse Weiden
Kontonummer: 750 010 07
Bankleitzahl: 750 000 00
Kreditinstitut: Deutsche Bundesbank, Filiale Regensburg
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07
BIC: MARKDEF 1750

ENTWURF FÜR DAS MEHRJAHRESPROGRAMM EIF 2007-2013

☐ ursprüngliche Fassung

X überarbeitete Fassung (1, 22/09/ 2008) nach Rücksprache mit der Kommission

☐ unter Berücksichtigung von Evaluierungen und / oder aufgrund von Durchführungsschwierigkeiten überarbeitete Fassung

☐ nach der Überarbeitung der strategischen Leitlinien überarbeitete Fassung

MIT	LIEDSTAAT:	Bundesrepublik Deutschland
A	S:	Europäischer Fond für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF)
ZU	WIDIGE BEHÖRDE:	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Frankenstraße 210 90461 Nürnberg
Kont	erson:	Rudolf Winter
ABGE	TER ZEITRAUM:	2007 – 2013

1. SITUATION IM MITGLIEDSTAAT

1.1. Die nationale Situation und die Migrationsströme, die Einfluss auf diese Situation haben

Deutschland blickt auf eine lange und prägende Migrationstradition mit zahlreichen Beispielen erfolgreicher Integration zurück. Aktuell leben rund 6,7 Millionen Menschen mit ausländischem Pass legal in Deutschland. Das entspricht einem Migrantenanteil von ca. 9 %.

Der tatsächliche Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der deutschen Gesamtbevölkerung liegt jedoch weitaus höher als dies die Zahl der legal in Deutschland aufhältigen Ausländer vermuten lässt. Er ergibt sich, wenn neben Ausländern auch Eingebürgerte bzw. Personen mit Mehrfachstaatsbürgerschaften sowie zugewanderte Spätaussiedler aus anderen Datenquellen hinzugerechnet werden. Danach umfasst die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland rund 15,3 Millionen, dies entspricht einem Anteil von 19 Prozent an der deutschen Gesamtbevölkerung (Mikrozensus 2005). In den Großstädten der alten Bundesländer liegt dieser Bevölkerungsanteil zum Teil über 30 Prozent mit ansteigender Tendenz.

Unter den Zuwanderern in Deutschland lebten zum Stichtag 31. 03. 2008 ca. 4,39 Mio. Drittstaatenangehörige. Größte Gruppe unter den Drittstaatenangehörigen sind die rund 1,7 Millionen türkischen Staatsangehörigen, gefolgt von Zuwanderern aus dem vormaligen Jugoslawien (insgesamt rund 912.000) und der ehemaligen Sowjetunion (rund 464.000).¹ Die aus diesen Staaten stammenden Migranten weisen auch den höchsten Anteil nichtchristlicher Einwanderer auf, wobei sich dieser Anteil auf insgesamt ca. 18% aller Zuwanderer beläuft.

Aufhältige nach Staatsangehörigkeit aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten Stand: 31.03.2008	
STAATSANGEHÖRIGKEIT	Summe
Afghanistan	49.493
Ägypten	11.330
Albanien	10.022
Algerien	13.170
Andorra	21
Angola	7.279
Antigua und Barbuda	15
Äquatorialguinea	69
Argentinien	4.558
Armenien	9.660
Aserbaidshan	14.439
Äthiopien	10.217
Australien	8.791
Bahamas	52
Bahrain	86
Bangladesch	4.449

¹ Quelle: Ausländerzentralregister.

Barbados	148
Belize	31
Benin	1.436
Bhutan	266
Bolivien	1.850
Bosnien und Herzegowina	157.521
Botsuana	99
Brasilien	31.560
Brit. abh. Gebiete in Australien/Ozeanien	6
Brit. abh. Gebiete in Afrika	16
Brit. abhäng. Gebiete in Asien	961
Britisch abh. Gebiete in Amerika	23
Britisch abh. Gebiete in Europa	65
Brunei Darussalam	15
Burkina-Faso	1.168
Burundi	440
Chile	5.915
China	77.239
Costa Rica	756
Dominica	172
Dominikanische Republik	6.012
Dschibuti	70
Ecuador	4.533
El Salvador	456
Elfenbeinküste	2.648
Eritrea	6.189
Fidschi	214
Gabun	350
Gambia	2.753
Georgien	13.422
Ghana	20.431
Grenada	49
Guatemala	657
Guinea	2.751
Guinea-Bissau	287
Guyana	92
Haiti	476
Honduras	571
Indien	42.582
Indonesien	11.457
Irak	73.247
Iran, Islamische Republik	55.656
Island	1.220
Israel	9.738
Jamaica	1.334

Japan	29.714
Jemen	2.268
Jordanien	7.792
Jugoslawien (ehem.)	135.449
Kambodscha	799
Kamerun	14.598
Kanada	13.349
Kap Verde	313
Kasachstan	55.007
Katar	230
Kenia	7.706
Kirgisistan	9.115
Kiribati	131
Kolumbien	9.799
Komoren	42
Kongo	1.931
Kongo, Dem. Republik	11.139
Korea (Demokrat. Volksrepubl.)	1.509
Korea (Republik)	23.547
Kroatien	224.439
Kuba	8.751
Kuwait	527
Laos, Demokratische Volksrepublik	866
Lesotho	59
Libanon	38.422
Liberia	1.341
Libyen (Libysch-Arabische Dschamahirija)	3.449
Liechtenstein	203
Madagaskar	659
Malawi	154
Malaysia	4.212
Malediven	61
Mali	647
Marokko	67.394
Marshall-Inseln	1
Mauretanien	519
Mauritius	877
Mazedonien	62.379
Mexico	8.900
Moldau (Republik)	12.296
Monaco	20
Mongolei	4.542
Montenegro	2.865
Mosambik	2.149
Myanmar	1.064

Namibia	409
Nauru	1
Nepal	2.502
Neuseeland	1.765
Nicaragua	475
Niger	859
Nigeria	16.823
Norwegen	6.356
ohne Angabe	2.526
Oman	182
Pakistan	28.767
Palau	1
Panama	333
Papua-Neuguinea	28
Paraguay	1.107
Peru	8.829
Philippinen	19.202
Ruanda	693
Russische Föderation	187.239
Salomonen	2
Sambia	371
Samoa	39
San Marino	15
Sao Tome und Principe	27
Saudi Arabien	1.623
Schweiz	37.275
Senegal	2.220
Serbien	103.087
Serbien und Montenegro (ehem.)	226.869
Seyschellen	191
Sierra Leone	2.790
Simbabwe	703
Singapur	1.403
Somalia	4.941
sonst. afrik. Staatsangehörigkeiten	733
sonst. amerikan. Staatsangehörigkeiten	25
sonst. asiatische Staatsangehörigkeiten	2.833
Sonst. europäische Staatsangehörigkeiten	361
Sonstige australische Staatsangehörigkeiten	5
Sowjetunion (ehem.)	7.876
Sri Lanka	29.704
St. Kitts und Nevis	2
St. Lucia	139
St. Vincent / Grenadinen	41
Staatenlos	13.378

Südafrika	4.761
Sudan	2.670
Suriname	32
Swasiland	41
Syrien, Arabische Republik	28.245
Tadschikistan	728
Taiwan	4.635
Tansania	981
Thailand	54.052
Timor-Leste	1
Togo	11.345
Tonga	41
Trinidad und Tobago	418
Tschad	190
Tunesien	23.139
Türkei	1.707.102
Turkmenistan	1.326
Tuvalu	66
Uganda	1.312
Ukraine	126.583
Ungeklärt	42.333
Uruguay	584
Usbekistan	8.867
Vanuatu	9
Vatikanstadt	22
Venezuela	3.331
Vereinigte arabische Emirate	913
Vereinigte Staaten v. Amerika	99.757
Vietnam	83.297
Weißrußland	18.176
Zentralafrikanische Republik	62
INSGESAMT	4.391.536

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.03.2008

1.2 Die bisher von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen

Maßnahmen der Integrationsförderung sind grundsätzlich in zwei Bereiche zu unterscheiden: in Maßnahmen der Erstintegration für die Zielgruppe Neuzuwanderer sowie Maßnahmen der nachholenden Integration für bereits länger im Land lebende Migranten. In der Förderpraxis lässt sich diese Differenzierung auf Grund sich überschneidender Integrationsbedarfe jedoch oftmals nicht aufrechterhalten.

Mit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes am 01. Januar 2005, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007, wurde im Zuständigkeitsbereich des Bundes die Integrationspolitik erstmals gesetzlich verankert. Wichtige Aufgaben im Bereich der Erstintegrationsförderung, wie beispielsweise die Koordination von Integrationskursen und Migrationsberatung, sind seit 2005 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als zentraler Migrations- und Integrationsbehörde in Deutschland gebündelt.

Mit der Einführung der Integrationskurse, die aus einem Deutschsprachkurs und einem Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland bestehen, und der Migrationsberatung für erwachsene Migrantinnen und Migranten sowie der Jugendmigrationsdienste für Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre gibt es seitdem ein bundesweit einheitliches Erstförderangebot für Neuzuwanderer. Ergänzend finanziert der Bund insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, sozialräumliche Entwicklung und gesellschaftliche Integration eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung der Integration von bereits länger in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus soll mit Hilfe des ebenfalls im Zuwanderungsgesetz fundierten bundesweiten Integrationsprogramms eine stärkere Verzahnung und Koordination von Akteuren der Integrationsförderung und ihrer Maßnahmen erreicht werden. Das Integrationsprogramm hat den Auftrag bestehende Integrationsangebote von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern festzustellen und Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung vorzulegen. Das Integrationsprogramm wird in den Handlungsfeldern sprachliche Bildung, berufliche Integration, gesellschaftliche Integration und Bildung entwickelt. Das erste Gesamtprogramm wird bis Frühjahr 2009 vorliegen. Das Integrationsprogramm ist ein langfristiger Prozess der Qualitätsentwicklung der Praxis der Integrationsförderung auf Fach- bzw. Expertenebene.

Bei der Arbeit am bundesweiten Integrationsprogramm werden die Vorgaben des Nationalen Integrationsplans (NIP) umgesetzt. Unter Koordinierung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurde 2006/2007 der Nationale Integrationsplan erarbeitet, der die zentralen Themen und Leitlinien der Integrationspolitik der nächsten Jahre definiert hat. Am Entwicklungsprozess des NIP waren auf staatlicher und kommunaler Seite mit Bund, Ländern und Gemeinden alle föderalen Ebenen beteiligt. Gleichzeitig wurde ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure eingebunden, unter ihnen insbesondere auch Migrantenorganisationen. Der NIP benennt konkrete Integrationsbedarfe und Lösungswege zur Verbesserung der Integration in allen relevanten Handlungsfeldern. In Form von konkreten Selbstverpflichtungen und Maßnahmen haben die beteiligten Akteure auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene ihren Beitrag zu Steigerung der Nachhaltigkeit der Integrationspolitik dargelegt.

Ziel der Integrationspolitik des Bundes ist es, Migranten die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen. Auf die Integrationspolitik findet der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ Anwendung. Schwerpunkte setzt der Bund insbesondere in den Bereichen Sprachförderung, soziale Beratung, Ausbildung und berufliche Integration sowie Familie und gesellschaftliche Integration. Im Rahmen seiner Zuständigkeit unterstützt er die Länder bei der Integration durch Bildung und die Kommunen bei der Integration vor Ort. Das Engagement erstreckt sich darüber hinaus auf Bereiche wie Stadtteilfeörderung, Gesundheitsprävention, Kulturförde-

rung bzw. kulturelle Integration, interreligiöser und interkultureller Dialog, interkulturelle Öffnung sowie Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.

Ebenso wie der Bund zielt auch die Integrationspolitik der Länder grundsätzlich auf die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Hierfür schaffen die Länder in ihren Zuständigkeitsbereichen nicht nur die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern stellen zudem auch Haushaltsmittel bereit. Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen innerhalb der Länder können partiell voneinander abweichen und lassen sich in ihrer Tendenz wie folgt zusammenfassen:

Zu den Schwerpunkten zählen Sprachförderangebote, vornehmlich der vorschulischen und schulischen Sprachförderung, aber auch Sprachförderangebote zur Aufnahme bzw. Fortsetzung eines Hochschul- bzw. Fachhochschulstudiums. Hervorzuheben ist die Fokussierung auf den vorschulischen und schulischen Bereich (u. a. Sprachstandsfeststellungsverfahren und Sprachförderung bereits in Kindergarten / Kita, Vorschule und Schule) und die Betonung eines ganzheitlichen Ansatzes, der die Integration von Kindern unter Einbeziehung der Eltern befördert und hierfür spezielle Angebote der Familienbildung bereithält.

Hinzu kommen weit reichende Kompetenzen und Angebote der Länder im Bildungsbereich, die zwar nicht ausschließlich, aber doch mittelbar auch Zuwanderer adressieren. Hierzu gehören die Zuständigkeiten der Länder zur Hochschulzulassung sowie zur Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Arbeitsmarktintegration, d.h. der Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Erwerb mittels der zielgruppenspezifischen Ausrichtung beschäftigungspolitischer Programme in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Mit dem Zuwanderungsgesetz sind die wesentlichen Vorschriften zum Staatsangehörigkeitsrecht in einem Gesetz zusammengefasst worden. Zuständig für die Durchführung der Einbürgerungsverfahren der in Deutschland lebenden Ausländer sind die Einbürgerungsbehörden der Länder. Mit der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes am 19. August 2007 wurden bundeseinheitliche Standards für das Einbürgerungsverfahren eingeführt, insbesondere hinsichtlich der erforderlichen Sprach- und staatsbürgerlichen Kenntnisse.

Städte, Kreise und Gemeinden engagieren sich für eine erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort vor allem über die Etablierung lokaler Netzwerke und Ausländerbeiräte sowie örtliche Integrationsbeauftragte oder Ausländer- bzw. Aussiedlerbeauftragte. Sozialer Frieden und bürgerschaftliches Miteinander hängen in hohem Maße von einem breiten kommunalpolitischen Konsens und den Teilhabechancen aller Bevölkerungsgruppen ab. Daher wird Integration in den Kommunen immer häufiger zur kommunalen Querschnittsaufgabe erklärt.

Leitbild für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung ist die Schaffung und Sicherung sozial und ethnisch gemischter Quartiere. In der Realität der Städte und Gemeinden gibt es allerdings auch sozialräumliche Segregation, die sich vielerorts nur begrenzt beeinflussen und verändern lässt. Die unterschiedlichen Anforderungen an die Integration von Zuwanderern, z.B. im ländlichen Bereich oder in städtischen Ballungsgebieten, erfordern differenzierte Reaktionsweisen auf örtlicher Ebene. Kommunale Gesamtkonzepte sind nicht nur für Großstädte sinnvoll und erforderlich, sondern auch für kleinere Gemeinden mit hohen Zuwanderungsraten und den ländlichen Raum.

Schließlich beteiligen sich im Bereich der Integrationsförderung eine Vielzahl nicht-staatlicher Akteure. Hierunter fallen unter anderem (Wohlfahrts-)Verbände, kirchliche Organisationen, Gewerkschaften, Migrantenorganisationen und Stiftungen, die sich mit einer Vielzahl unterschiedlicher Projekte und Maßnahmen in den Handlungsfeldern der Integrationsförderung engagieren.

Nachfolgend werden die Förderschwerpunkte der gegenwärtigen Integrationspolitik in Deutschland anhand der wichtigsten Handlungsfelder dargestellt:

Vorintegration

Unter dem Begriff ‚Vorintegration‘ werden diejenigen Maßnahmen subsumiert, die bereits im Herkunftsland potenziell Ausreisewillige auf ein Leben in Deutschland vorbereiten. Die Mehrheit der vorintegrativen Maßnahmen bilden außerschulische Deutschkurse, die mit In-Kraft-Treten des 2. Änderungsgesetzes zum Zuwanderungsgesetz am 28.08.2007 und den nunmehr notwendigen Nachweis von einfachen Deutschkenntnissen im Rahmen des Ehegattennachzuges an Bedeutung gewonnen haben. Einfache Deutschkenntnisse (entsprechend A1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens, GER) sind grundsätzlich vor Einreise nachzuweisen, es sei denn, bestimmte Ausnahmegründe wie z.B. eine körperliche oder geistige Behinderung, ein erkennbar geringer Integrationsbedarf, ein Hochschulabschluss oder eine Aufenthaltserlaubnis des Ehepartners als Hochqualifizierter liegen vor.

Unter das Handlungsfeld „Vorintegration“ sind weiterhin zu fassen: Angebote der Auswärtigen Kulturpolitik sowie der Vermittlung eines objektiven Deutschlandbildes. Das AA führt in 78 Ländern weltweit Maßnahmen durch, die unter dem Oberbegriff der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zusammenzufassen sind. Die Maßnahmenkataloge, koordiniert und umgesetzt von 142 Goethe-Instituten weltweit und unterstützt von einem Netzwerk aus Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften, DAAD-Lesesälen sowie Prüfungs- und Sprachlernzentren, sind grundsätzlich zur Vorintegration geeignet bzw. im Sinne der Vorintegration auszuweiten. Das Gros der bisherigen Maßnahmen bilden außerschulische Deutschkurse. Weiterer Schwerpunkt ist die Vermittlung eines objektiven Deutschlandbildes in den Bereichen Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Mit der Einrichtung seines Internetportals hat das Bundesamt zudem eine mehrsprachige Informationsplattform geschaffen, die eine Orientierung über Integrationsangebote schon im Herkunftsland ermöglicht und damit auch als Beitrag zur Vorintegration anzusehen ist.

Integration durch sprachliche Bildung

Die Förderung des Erwerbs ausreichender Deutschkenntnisse legt den Grundstein für eine erfolgreiche Integration in die Aufnahmegesellschaft. Mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache ist unter Menschen mit Migrationshintergrund oftmals die Ursache für Misserfolg in der Schule bzw. nicht gelingende Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb ist die frühzeitige und durchgängige Sprachförderung auf verschiedenen Ebenen ein wichtiger Bestandteil staatlicher Integrationsförderung. Aktuell gibt es in Deutschland eine Vielzahl von Maßnahmen im Handlungsfeld Sprachförderung, die in verschiedenen Bereichen des Alltags angesiedelt sind: in Einrichtungen des Elementarbereichs, allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen bzw. Ausbildungsbetrieben, Hochschulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und anderen Lernorten wie etwa dem Arbeitsplatz.

Mit den durch das Zuwanderungsgesetz eingeführten Integrationskursen existiert seit 01. Januar 2005 ein bundeseinheitliches sprachliches Erstförderangebot für nicht mehr schulpflichtige Neuzuwanderer bzw. bereits länger in Deutschland lebende Zuwanderer. Voraussetzung zur Teilnahme am Integrationskurs ist der Besitz eines Daueraufenthaltsrechts. Der Integrationskurs besteht aus einem 600-stündigen Sprachkurs sowie aus einem Orientierungskurs, der nach der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes und der Integrationskursverordnung im Jahr 2007 45 Unterrichtseinheiten (zuvor 30) umfassen wird. Der Sprachkursanteil in zielgruppenspezifischen Integrationskursen (Jugendliche, Eltern, Frauen und Analphabeten) wird von 600 auf 900 Unterrichtseinheiten angehoben. Zukünftig besteht die Möglichkeit, im allgemeinen Integrationskurs 300 Unterrichtseinheiten zu wiederholen. Schließlich wird die Einrichtung von Intensivsprachkursen im Umfang von 430 Unterrichtseinheiten ermöglicht.

Der Sprachkurs zielt auf die erfolgreiche Vermittlung von Deutschkenntnissen auf dem Niveau B1 GER. Der Orientierungskurs soll Zuwanderern mit den Lebensverhältnissen in Deutschland vertraut machen und erfolgreich grundlegende Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands vermitteln. Insgesamt soll der Integrationskurs Zuwanderer dazu befähigen, in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig handeln zu können. Mit der Gesetzesänderung wird eine verbindliche Abschlussprüfung sowohl am Ende des Sprachkurses wie des Orientierungskurses eingeführt.

Ergänzt wird dieses Angebot durch berufsbezogene Sprachfördermaßnahmen insbesondere im Rahmen der so genannten ESF-BAMF-Kurse sowie durch weitere Angebote der Agentur für Arbeit. Ziel ist dabei die Stärkung der Arbeitsmarktchancen der Teilnehmenden sowie letztlich ihre erfolgreiche Integration in den (ersten) Arbeitsmarkt. Wichtige Zielgruppen sind dabei zum einen Berufstätige, die im Zuge der Fort- und Weiterbildung ihre berufsbezogenen Deutschkenntnisse verbessern wollen bzw. müssen, zum anderen arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen verbesserte berufsbezogene Deutschkenntnisse zur (Re)Integration in den Arbeitsmarkt beitragen sollen. Für die letztgenannte Gruppe spielen dabei insbesondere die Möglichkeiten eine Rolle, die sich im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) sowie der Arbeitsförderung nach dem dritten Sozialgesetzbuch (SGB III) für den Bereich der berufsbezogenen sprachlichen Bildung bieten.

Zentrales Instrument des Bundes im Bereich der berufsbezogenen sprachlichen Bildung sind die für die EU-Förderperiode 2007-2013 durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführten beschäftigungsfördernden Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF). Zielgruppe dieses Programms sind alle Personen mit Migrationshintergrund, die einer fachlichen und sprachlichen Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt bedürfen und keine Berechtigung (mehr) zu einer Teilnahme an einem Integrationskurs haben. Die beschäftigungsfördernden Maßnahmen bestehen aus zwei tragenden Säulen: einem beschäftigungsfördernden Modul mit den drei Teilkomponenten theoretischer Unterricht, Praktikum und Betriebsbesuche sowie als zweiter Säule berufs- und beschäftigungsbezogenem Sprachunterricht. Alle Komponenten müssen eng aufeinander abgestimmt werden, um dem Ziel der beruflichen Integration der Teilnehmenden in den ersten Arbeitsmarkt so nahe wie möglich zu kommen. Die maximale Gesamtförderdauer beträgt 730 Unterrichtseinheiten.

Auch für die Länder ist sprachliche Bildung ein zentraler Schwerpunkt ihrer Integrationspolitik und -förderung. Sie engagieren sich insbesondere bei der Deutschförderung im vorschulischen und schulischen Bereich und zielen damit auf die Verbesserung von Bildungsqualifikation und Ausbildungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Daneben rückt die spezifische Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund zunehmend in den Fokus der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften und Lehrern.

Fast alle Länder haben Sprachstandsmessungen vor der Einschulung eingeführt, um Kinder mit besonderem Deutschförderbedarf zu ermitteln und zu fördern. Viele Bundesländer bieten darüber hinaus den Regelunterricht ergänzende Förderangebote an, in denen die Schülerinnen und Schüler in kleineren Gruppen ihre Deutschkenntnisse verbessern können. Einzelne Bildungspläne für den Elementarbereich nehmen darüber hinaus auch auf die Mehrsprachigkeit von Kindern Bezug und streben die Förderung des Deutschen und der Herkunftssprache an.

Die Einbindung der Eltern in den Sprachförderprozess und die Stärkung ihrer Erziehungskompetenzen sind Bestandteil vieler frühkindlicher Sprachförderangebote. Häufig werden parallel zum Spracherwerb der Kinder Angebote an die Eltern zum Erlernen der deutschen Sprache gemacht („Mama lernt Deutsch-Konzept“). Ergänzt werden die Maßnahmen der schulischen Sprachförderung vielfach durch Angebote privater Träger, die – oft mit bürgerschaftlichem Engagement – Schülerinnen und Schülern mit Sprachschwierigkeiten Unterstützung und einen geschützten Raum zur Spracherprobung und Lernunterstützung bieten.

Konzepte der durchgängigen Sprachförderung zur Vermeidung von Brüchen im Lern- und Bildungsprozess geraten zunehmend in den Fokus. Sie thematisieren die Übergänge in bzw. zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen oder den Übergang von der Schule zur Ausbildung bzw. in den Beruf als zentrale Schnittstellen im Bildungsverlauf. Bezüglich der Schnittstelle Schule/Beruf handelt es sich um schulische Angebote der Berufsausbildungsvorbereitung, spezielle Länderprogramme, Angebote im Rahmen des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II / Grundsicherung für Arbeitssuchende), des dritten Sozialgesetzbuches (SGB III / Arbeitsförderung) sowie des achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII / Kinder- und Jugendhilfe).

Eine Besonderheit stellen die Angebote der Deutschförderung für Studierende mit Migrationshintergrund dar. Sie richten sich zum einen an neu zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene, deren Hochschulzulassung, Studium oder Studienabschluss in Deutschland nicht oder nicht vollständig anerkannt werden. Neben der Vorbereitung auf die für den Hochschulzugang relevanten Deutschprüfungen zielen Angebote in diesem Bereich (z.B. Maßnahmen im Rahmen des Garantiefonds Hochschule, Akademikerprogramm, Studienkollegs an Hochschulen) auch darauf, die fachsprachliche Kompetenz ausländischer Studierender zu erweitern, einen zügigen und möglichst reibungslosen Studienverlauf Gewähr zu leisten und die Studienerfolgsquote zu steigern.

Ergänzt werden die Maßnahmen des Bundes und der Länder durch vielfältige Angebote von Kommunen und Kreisen sowie privaten Trägern. Diese Angebote werden häufig als Antwort auf lokale Bedarfe initiiert. Darüber hinaus zielen sie u. a. auch darauf, Anschlussmöglichkeiten an Angebote des Bundes oder der Länder zu schaffen. Eine konzeptionelle Besonderheit vieler Angebote von Kommunen, Kreisen und privaten Trägern ist die Anbindung von Konzept und Inhalt an den bundesgeförderten Integrationskurs (integrationskursorgänzende Maßnahmen bzw. Verbundprojekte). Vor dem Hintergrund lokaler Bedarfsanalysen werden Projekte bzw. Kurse entwickelt, die im Anschluss an den Integrationskurs oder in Erweiterung des Integrationskurskonzeptes vorbereitende niederschwellige oder vertiefende Sprachförderung anbieten.

Maßnahmen von Kommunen, Kreisen und privaten Trägern reagieren darüber hinaus auf Bedarfe, die durch Bund- und Länderprogramme nicht (ausreichend) gedeckt werden. So richten sie sich häufig explizit gerade auch an Zielgruppen, die keinen gesetzlichen Anspruch auf bundes- bzw. landesfinanzierte Sprachförderung haben oder setzen einen Akzent bei der Förderung von Herkunftssprachen.

Integration durch Bildung

Die Förderung von ausreichenden Deutschkenntnissen überschneidet sich mit dem Handlungsfeld „Integration durch Bildung“: Sprachfördermaßnahmen sind zugleich immer auch Bildungsmaßnahmen. Darüber hinaus schaffen ausreichende deutsche Sprachkenntnisse die Voraussetzung für den Bildungserfolg von Zuwanderern. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Handlungsfeld der Zielgruppe der Schüler und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu. „Die Bildungsbeteiligung der Schülerinnen und Schüler aus zugewanderten Familien ist in der Sekundarstufe I deutlich ungünstiger als jener ohne Migrationsbiografie. So besuchten im Jahr 2000 von den 15-jährigen ohne Migrationshintergrund knapp 17 Prozent eine Hauptschule und etwa 33 Prozent ein Gymnasium, während in derselben Altersgruppe mit Zuwanderungshintergrund 32 Prozent in der Hauptschule und 25 Prozent im Gymnasium waren.“² Neben der Sprachförderung werden Maßnahmen vor allem in den Bereichen Rahmenbedingungen der Institutionen, Lerninhalte/Lehrpläne und Zielgruppen (Schüler, Eltern, Pädagogen) ergriffen.

² Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Stand: Juli 2007, hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 63

Da der ganztägigen Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine entscheidende Bedeutung für den Bildungserfolg zukommt, fördert der Bund mit seinem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (2003 bis 2009) den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. Dem gleichen Zweck dient das 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz. Daneben führt die Bundesregierung mit lokalen Kooperationspartnern das ESF-geförderte Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ durch. Das Projekt zielt vor allem auf Schüler an Hauptschulen, um Schulverweigerer in den Schulalltag zu integrieren und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu erhöhen.

Die Länder unternehmen Anstrengungen, um bereits im vorschulischen Bereich die Grundlagen für einen Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund zu legen. Dies geschieht vor allem über Bildungs- und Erziehungspläne für Kindertagesstätten und z.T. auch für Grundschulen. In die Ausbildung des pädagogischen Personals werden zunehmend Elemente integriert, die gezielt auf die Förderbedarfe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eingehen. Die Kultusminister der Länder haben überdies Maßnahmen ergriffen, um die Misserfolgsquoten an den Schulen zu senken. Auf diesem Wege soll die Abbrecher- und Wiederholerquote deutlich gesenkt werden.

Darüber hinaus werden Initiativen ergriffen, Eltern mit Migrationshintergrund in den Bildungsprozess der Kinder und in die schulischen Abläufe einzubeziehen. Über Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote sollen sie dafür gewonnen und in die Lage versetzt werden, den Lernprozess der Kinder aktiv zu begleiten und zu unterstützen. Dieser Prozess wird durch Initiativen von Migrantenorganisationen und Elternverbänden unterstützt, um die Bildungsorientierung in Migrantenfamilien zu stärken. Darüber hinaus untersuchen die Jugendmigrationsdienste an verschiedenen Modellstandorten, welche Zugangswege und Methoden Eltern besser in die Schullaufbahn der Jugendlichen einbinden können. Darüber hinaus werden über die Jugendsozialarbeit vielfältige Bildungsangebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund angeboten.

Auch von Seiten der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Stiftungen werden unterschiedliche Förderansätze verfolgt. Dabei geht es unter anderem um die Vernetzung von Schule und Betrieb, um eine praxisnahe Ausbildung von Jugendlichen an allgemein bildenden Schulen zu fördern. Dies geschieht beispielsweise über Förderwettbewerbe, Praktika- und Mentorenprogramme sowie Kooperationsprojekte.

Integration durch berufliche Teilhabe

Ein weiterer Bereich, der wesentlich über den Erfolg von Integrationsprozessen entscheidet, ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Ausländer sind in Deutschland nach wie vor stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Gesamtbevölkerung. Zwar entspannt sich derzeit die Situation am Arbeitsmarkt, die stabile Konjunktur führt zu mehr Beschäftigung: Die Arbeitslosigkeit hat sich von September auf Oktober 2007 im Zuge der anhaltenden Herbstbelebung um 110.000 auf 3.434.000 (West: -70.000 auf 2.265.000; Ost: -40.000 auf 1.169.000) verringert.³ Dies bedeutet einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 650.000. Die Arbeitslosenquote sank im Oktober 2007 um 0,2 Prozentpunkte auf aktuell 8,2 Prozent.

Von der Entspannung am Arbeitsmarkt profitieren Zuwanderer auf Grund migrationsbedingter Nachteile jedoch kaum. Obwohl auch ihre Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf aktuell 18,8 Prozent (absolut im Oktober 2007: 523.685) gesunken ist, liegt sie nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie bei der deutschen Vergleichsgruppe.

Maßnahmen der beruflichen Integration werden zu einem großen Teil aus den Förderbereichen der Sozialgesetzbücher II, III und VIII sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Die wichtigsten Akteure sind das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit,

³ Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Oktober 2007, Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, S. 32.

das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Innovation sowie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Entsprechende Programme sind zumeist nicht originär auf Personen mit Migrationshintergrund bezogen, sondern richten sich allgemein an die Zielgruppe der erwerbslosen und Arbeit suchenden Personen in Deutschland. Die Fördermaßnahmen der beruflichen Integration beziehen sich vor allem auf die Bereiche: Übergang Schule / Beruf, Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, Ausbildungsförderung / Ausbildungsplatzsuche, (fachliche) Qualifizierung, Bewerbungsmanagement und Stellenvermittlung. Ein Großteil der speziell für Zuwanderer zur Verfügung stehenden Programme stellt die Förderung ausreichender Deutschkenntnisse in den Fokus der Fördermaßnahme, beispielsweise das ESF/BAMF-Programm. Darüber hinaus wird der Ansatz verfolgt, über so genannte Verbundprojekte den Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit Maßnahmen der beruflichen Integration aus den Rechtskreisen SGB II/III bzw. dem ESF zu verknüpfen. Wichtige Partner sind hier die Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen vor Ort. Ziel der Verbundprojekte ist ein bedarfsgerechtes und vernetztes Angebot zur sprachlichen und beruflichen Integration vor Ort.

Verschiedene Programme zielen darauf ab, über Netzwerke erfolgreiche Ansätze der beruflichen Integration für Migranten bundesweit zugänglich zu machen und zu etablieren. Aus Mitteln des ESF-finanzierten Förderprogramms EQUAL wird der Aufbau eines bundesweiten Beratungs- und Informationsnetzwerkes zur Verbesserung der beruflichen Integration von erwachsenen Personen mit Migrationshintergrund gefördert („Integration durch Qualifizierung“). Das Angebot wurde eingeführt, da Personen mit Migrationshintergrund in der Regel einer besonderen Beratung und Information bedürfen, um an die Regelangebote der Arbeitsförderung herangeführt zu werden. Alle handelnden Akteure auf diesem Gebiet sollen miteinander vernetzt, Erfahrungen ausgetauscht und gute Konzepte verbreitet werden. Kernelemente des Angebots sind die Verbesserung des Zugangs zu den arbeitsmarktrechtlichen Regelinstrumenten durch Optimierung der Zielgruppenberatung des Fall-Managements in den Job-Centern und im berufsqualifizierenden Regelsystem, einschließlich berufsbezogener Sprachförderung, Angebote zur Fort- und Weiterbildung bzw. Nachqualifizierung und die Verknüpfung vorhandener Angebote in Industrie und Handwerk.

Das Programm „Kompetenz fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf (BQF-Programm)“ zielt darauf ab, ausgewählte Ansätze zur Kompetenzförderung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf zu erproben und die Erfahrungen in die Regelförderung des Bundes zu überführen. Das Programm umfasst Einzelprojekte, z.B. lokale Netzwerke zur beruflichen Bildung und Qualifizierung von Migranten.

Eine Vielzahl von Maßnahmen richtet sich auf die Förderung der beruflichen Integration von Jugendlichen. Das „Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher“ richtet sich an Jugendliche, die bis zum 30.09. eines Jahres nicht in Ausbildung vermittelt werden konnten und die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen. Diese Zielgruppe umfasst auch viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. Um ihnen den Einstieg in die Ausbildung zu ermöglichen, stellt die Wirtschaft jährlich 40.000 zusätzliche Praktikumsplätze für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung. Die maximal einjährigen Qualifizierungen sollen an den Inhalten des ersten Ausbildungsjahres orientiert sein und bis zu einem halben Jahr auf eine spätere Ausbildung angerechnet werden. Der Bund beteiligt sich im Rahmen des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland durch Erstattung der Praktikumsvergütung und der Sozialversicherungsbeiträge an den Arbeitgeber. Darüber hinaus existieren weitere Initiativen, die sich vor allem der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt widmen. So bemüht sich das Programm JOBSTARTER / KAUSA um die Akquise von Ausbildungsplätzen in ausländischen Unternehmen. Die Jugendmigrationsdienste fördern im Rahmen ihrer Beratungstätigkeiten den Einstieg junger Migranten in das Erwerbsleben.

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

Die gleichberechtigte Teilhabe von Migranten in allen Bereichen des alltäglichen Lebens ist Voraussetzung für ihre Integration. Zentral ist dabei die Integration in das unmittelbare Wohnumfeld als Lebensmittelpunkt und wichtigstes Kontaktfeld. In den Kommunen und Wohnquartieren wirken sich Zuwanderung und deren Folgen besonders aus. Gesellschaftliche Integration hat notwendigerweise neben der Integrationsbereitschaft der Betroffenen auch die Akzeptanz für Zuwanderung und Zuwanderer auf Seiten der Aufnahmegesellschaft zur Bedingung.

Das Handlungsfeld der gesellschaftlichen Integration zeichnet sich durch eine große Bandbreite und Vielfalt von Maßnahmen und Akteuren aus. Hierunter fallen unter anderem Maßnahmen und Projekte zur Eingliederung von Zuwanderern in die örtliche Gemeinschaft, zur Förderung der sozialen Integration ausländischer Frauen, zur Förderung des interkulturellen bzw. interreligiösen Dialogs oder Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Den Kern bildet dabei die gemeinwesenorientierte Projektarbeit vor Ort, die häufig vom freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagement Einzelner lebt und wesentliche Bedeutung für die Integration der Migranten in das Gemeinwesen hat. Primär verfolgen die unterschiedlichen Ansätze das Ziel, Zuwanderern die gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des alltäglichen Lebens der Aufnahmegesellschaft zu ermöglichen und Segregation zu verhindern.

Neben Bund und Ländern sind Kommunen, Wohlfahrtsverbände, allgemeine Bildungsträger, Stiftungen, Religionsgemeinschaften und Migrantenselbstorganisationen etc. die wichtigsten Akteure in diesem Handlungsfeld.

Die mit dem Zuwanderungsgesetz eingeführten Erstfördermaßnahmen des Bundes sind auch auf das Handlungsfeld der gesellschaftlichen Integration ausgerichtet. Der Integrationskurs des Bundes vermittelt neben ersten Deutschkenntnissen im Rahmen des zukünftig 45 Unterrichtseinheiten umfassenden Orientierungskurses auch grundlegende Kenntnisse über die deutsche Gesellschaft in den Bereichen Rechtsordnung, Geschichte und (Alltags-)Kultur. Die auf maximal drei Jahre angelegte Migrationsberatung soll Neuzuwanderer mit Hilfe eines Casemanagements bei der Erstorientierung unterstützen und die Betroffenen möglichst frühzeitig in die Lage versetzen, in der Aufnahmegesellschaft selbständig zu handeln. Vergleichbar ist die Zielstellung der Jugendmigrationsdienste, die sich der gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen unter 27 Jahren widmet.

Daneben ist die Projektförderung des Bundes in enger Abstimmung mit den Bundesländern und anderen Akteuren der Integrationsförderung im Wesentlichen auf das Handlungsfeld „Integration durch gesellschaftliche Teilhabe“ ausgerichtet. Hier werden insbesondere Projekte zur Integration von Ausländern und Spätaussiedlern im Wohnumfeld gefördert. Hinzu kommen Projekte in den Bereichen Sucht- und Kriminalitätsprävention, Steigerung der Akzeptanz von Zuwanderung in der Aufnahmegesellschaft, Vermittlung von Werten und Normen der Aufnahmegesellschaft, Bekämpfung von Gettoisierung und Segregation, Netzwerkarbeit, Entschärfung von sozialen Konflikten sowie Stärkung von Ehrenamt und Hilfe zur Selbsthilfe.

Hinzu kommen zielgruppenspezifische Integrationsmaßnahmen, beispielsweise für jüdische Zuwanderer, Migrantinnen, ältere Zuwanderer und Muslime. Eine verbesserte gesellschaftliche Integration der zuletzt genannten Gruppe ist auch die erklärte Zielsetzung der 2006 einberufenen Deutschen Islamkonferenz (DIK).

Monitoring, Evaluierung, Indikatoren

Ausschlaggebend für Integrationserfolge ist weniger die Quantität der angebotenen Maßnahmen als deren Qualität und nachhaltige Wirkung. Qualität umfasst dabei unterschiedliche Aspekte wie Bedarfsorientierung der Angebote, Praxisrelevanz der Inhalte, zielgruppengerechte Umsetzung, Qualifikation

des Personals etc. Im Rahmen von Monitoring- und Evaluationsprozessen können auf Basis eines entsprechenden Indikatorensystems „Transparenz und Öffentlichkeit über die komplexen Wirkungszusammenhänge und über Kosten und Nutzen von Integrationsmaßnahmen hergestellt werden. Sie tragen zu einer Qualifizierung von Strategien, Konzepten und Projekten bei, da in Evaluationsprozessen erkannte Fehlentwicklungen zu Umsteuerungen genutzt werden können.“⁴

Aktuell gibt es für Maßnahmen zur Qualitäts- und Nachhaltigkeitssicherung der Integrationsförderung in Deutschland kein umfassendes, standardisiertes System. Mit dem Ziel der Einführung eines bundesweiten Integrationsmonitorings wird gegenwärtig von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ein bundesweites Set von Indikatoren für Integration mit Unterstützung durch die Bundesministerien entwickelt.

Insbesondere aus Ressourcengründen sind umfangreiche, externe und langfristige Evaluationen eher selten, vielmehr finden häufig unterschiedliche Formen der internen und Selbstevaluation oder ein Mix beider Formen Anwendung. Dennoch gibt es erste Ansätze, die über diese Form der Erfolgskontrolle hinausgehen. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der Bund mit der umfangreichen Evaluierung der Integrationskurse im Jahr 2006 unternommen. Die Ergebnisse dieser externen Erfolgs- und Wirkungskontrolle sind anschließend in die Novellierung von Zuwanderungsgesetz und Integrationskursverordnung eingeflossen. In umfassenderer Weise wird auch im Rahmen des bundesweiten Integrationsprogramms angestrebt, ein Qualitätsmanagement für den Bereich der Integrationsförderung insgesamt zu implementieren. Hier werden in den unterschiedlichen Handlungsfeldern zunächst die bestehenden Angebote festgestellt. Darauf aufbauend werden im Rahmen eines Dialogprozesses mit den jeweiligen Akteuren Vorschläge zu ihrer Optimierung erarbeitet. Das Integrationsprogramm versteht sich in diesem Sinne als langfristiger Prozess der Qualitätsentwicklung der Praxis der Integrationsförderung auf Fach- bzw. Expertenebene.

Die Steuerung der Integrationsarbeit benötigt darüber hinaus qualifizierte Daten zur Gruppe der Zugewanderten. Die in der amtlichen Statistik vor 2005 übliche Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern wird der Heterogenität der Personen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht gerecht. Erst mit dem Mikrozensus 2005 erhebt das Statistische Bundesamt Daten zu Personen mit Migrationshintergrund; dazu zählen Ausländer, Spätaussiedler, Eingebürgerte und deren Nachkommen. Mit Hilfe dieser Datenbasis ist es nun möglich, den Grad der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund mit der notwendigen Differenzierung in den Blick zu nehmen. Dies geschieht gegenwärtig durch den 7. Lagebericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, dem Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie im Rahmen von universitären und außeruniversitären Forschungsprojekten, beispielsweise beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

1.2. Die insgesamt bereitgestellten nationalen Ressourcen

„Im Finanzplanungszeitraum wird die Bundesregierung einen Betrag von rund 750 Millionen Euro p.a. für unmittelbare Integrationsförderung bzw. für Maßnahmen mit primärer Zweckbestimmung Integrationsförderung in Einzelplänen der Bundesressorts zur Verfügung stellen.“⁵ Diese Zahl weist nur jene Fördermaßnahmen aus, die ausschließlich oder vorrangig auf Migrantinnen und Migranten zugeschnitten sind.

⁴ Nationaler Integrationsplan, S. 121.

⁵ Nationaler Integrationsplan, S. 15.

Aufgrund des föderalen Organisationsprinzips der Bundesrepublik ist dem Bund eine zentrale Ermittlung der Gesamtsumme der von den Ländern aufgewendeten Mittel für Integrationsmaßnahmen von Zuwanderern versagt. Ebenso wenig ist eine zuverlässige Schätzung der von den Ländern aufgewendeten Mittel für die Integration von Drittstaatsangehörigen möglich.

In Deutschland existierten lt. Statistischem Bundesamt zum Stichtag 31.12. 2004 insgesamt 12.429 Gemeinden und bewohnte gemeindefreie Gebiete. Eine Summe ihrer für die Integration von Zuwanderern unmittelbar (oder mittelbar) erbrachten Leistungen ist nicht ermittelt und kann auch nicht zuverlässig geschätzt werden.

2. ANALYSE DES BEDARFS IM MITGLIEDSTAAT

Der Bedarf in dem Mitgliedstaat bezogen auf die Ausgangssituation und die operativen Ziele des Mitgliedstaats, mit denen seinem Bedarf entsprochen werden soll

Ausgehend von den skizzierten Integrationsmaßnahmen lassen sich in den einzelnen Förderbereichen Handlungsbedarfe identifizieren, die unter anderem mit Hilfe des Europäischen Integrationsfonds gedeckt werden können. Diese Handlungsbedarfe und damit verbundene konkrete Zielstellungen der Integrationsförderung in Deutschland werden nachfolgend entlang der vorhergehenden Struktur dargestellt:

Vorintegration

Um die Fortschreibung der in diesem Handlungsfeld bestehenden Angebote, insbesondere jedoch ihre Weiterentwicklung im Sinne einer bedarfsorientierten Vorintegration zu Gewähr leisten, sind zwei Aspekte vordringlich:

- Die vorhandenen Strukturen sind bedarfsgerecht auszuweiten, so dass in den Regionen, aus denen im Rahmen der Familienzusammenführung die größten Zuwanderergruppen kommen (Türkei, Balkan), ein über Sprachkurse hinausgehendes Angebot ermöglicht wird.
- Dem entsprechend ist eine Erweiterung der Maßnahmenkataloge sinnvoll. Diese sind inhaltlich stärker mit den aktuellen Integrationsanforderungen in Deutschland abzustimmen. Wichtig erscheint insbesondere eine stärkere Vermittlung notwendigen Orientierungswissens analog der Inhalte der Orientierungskurse sowie von Kenntnissen über den Arbeitsmarkt und Maßnahmen der Erstintegration in Deutschland.

Um bedarfsgerechte Maßnahmen der Vorintegration anbieten und durchführen zu können, ist über den Zwischenschritt einer zwischen den Regionen differenzierenden Bedarfsanalyse und der Anpassung der Infrastruktur, gerade in strukturarmen Gebieten, auch die weitere Akquise örtlicher Partnerorganisationen sowie die Ausweitung des Informationsangebotes über bestehende Maßnahmen zu erwägen.

Integration durch sprachliche Bildung

Im Sinne eines ganzheitlichen Integrationsansatzes und einer größeren Nachhaltigkeit sollte das vom Bund geförderte Einstiegsangebot des Integrationskurses mit anderen Fördermaßnahmen vernetzt werden. Für einen erfolgreichen Integrationsprozess, insbesondere mit Blick auf die Zielstellungen „selbständiges Handeln in der Aufnahmegesellschaft“ und „Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ - bedarf es einer über das Niveau B 1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens hinausgehenden Förderung. Eine Verzahnung des Integrationskurses mit ergänzenden Maßnahmen ermöglicht einen bruchlosen Übergang von der Erstförderung in eine erweiterte Sprachförderung, die zusätzlich Elemente anderer Handlungsfelder – etwa Maßnahmen zur beruflichen oder gesellschaftlichen Orientierung - enthalten kann. In der Praxis gibt es bereits zahlreiche erfolgreiche Beispiele solcher Verbundprojekte, in deren Rahmen der Integrationskurs mit Maßnahmen aus den Bereichen SGB II, SGB III und ESF ver-

knüpft wird. Vielerorts scheitern jedoch ambitionierte Verbundvorhaben daran, dass die notwendigen Mittel für die ergänzenden Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen.

Bereits im Vorfeld des Integrationskurses sollten nach dem Vorbild der bundesgeförderten Kurse für Migrantinnen (Frauenkurse) über niederschwellige Integrationsmaßnahmen sowie über Mentoren- und Lotsenprogramme verstärkt Zielgruppen angesprochen werden, die mit dem Erstförderangebot des Bundes - bestehend aus Integrationskurs und Migrationsberatung - bislang nicht oder nur unzureichend erreicht wurden.

Ziel der Integrationspolitik Deutschlands ist vor allem eine möglichst frühzeitige Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ein entsprechender Bedarf besteht hier vor allem in vorschulischen Einrichtungen (Kindergärten, Kindertagesstätten), in Schulen (in erster Linie Grund- und Hauptschulen), aber auch im Bereich Ausbildung und berufliche Qualifizierung (Berufsschulen etc.). Dies wird nicht zuletzt durch den Nationalen Integrationsplan (NIP) hervorgehoben. Um eine ausreichende und kontinuierliche Sprachförderung in den genannten Bereichen zu Gewähr leisten, bedarf es vor allem

- eines Ausbaus schulischer und außerschulischer Betreuungseinrichtungen (Ganztagsschulen, Kindertageseinrichtungen), die Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund genügend Raum schaffen, die deutsche Sprache aktiv zu erlernen
- der flächendeckenden Einführung verbindlicher pädagogischer, wissenschaftlich begleiteter Verfahren zur Sprachstandsmessung und Dokumentation, die eine individuelle Förderempfehlung für jedes Kind ermöglichen
- der Einführung flächendeckender Sprachfördermaßnahmen, die an den Ergebnissen der zum Teil auf Länderebene bereits eingeführten Sprachstandserfassung ansetzen bzw. darauf aufbauen
- Maßnahmen im Sinne einer durchgängigen Sprachförderung vom vorschulischen Bereich über die Schule bis hin zur Berufsausbildung inkl. Übergangsbegleitung
- einer dem Bedarf einer (frühen) Sprachförderung angemessenen Qualifizierung des pädagogischen Personals (Erzieher, Lehrer)
- einer gezielten Information und stärkeren Beteiligung der Eltern am Sprachförder- und Bildungsprozess der Kinder parallel zur Schule bzw. Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen, ggf. verbunden mit Sprachfördermaßnahmen für die Eltern
- einer Qualifizierung ehrenamtlicher mehrsprachiger Elternbegleiter als sprachliche und kulturelle Brücke zwischen Migrantenfamilien und Bildungseinrichtungen
- einer engeren Kooperation von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Organisationen der örtlichen Jugendhilfe, Migrantenorganisationen und Wissenschaft bei der Erarbeitung und Umsetzung bedarfsgerechter ganzheitlicher Sprachförderprogramme vor Ort
- der Erprobung innovativer Sprachförderkonzepte in den Bereichen Vorschule, Schule, Berufsausbildung und Freizeit

Jenseits des vorschulischen und schulischen Bereichs besteht ein Bedarf an spezifischen Sprachförderangeboten für Studierende mit Migrationshintergrund, die in Deutschland aufgewachsen und ihre Hochschulberechtigung hier erworben haben. Bislang werden lediglich an einzelnen Hochschulen Projekte, etwa Lernwerkstätten durchgeführt, die auf die insbesondere fachsprachlichen Förderbedarfe dieser Zielgruppe reagieren.

Integration durch Bildung

In diesem Handlungsfeld bedarf es zunächst gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse darüber, welche Maßnahmen und Methoden auf Unterrichtsebene der Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonders dienlich sind. Darüber hinaus gilt es zu ermitteln, auf wel-

chen Wegen die interkulturellen Kompetenzen dieser Zielgruppe als positive Elemente in die Unterrichtsgestaltung integriert werden können. „Dies schließt eine Weiterentwicklung der Curricula“ und eine entsprechende Qualifizierung aller Lehrkräfte und des pädagogischen Personals mit ein.⁶ Notwendig sind innovative Konzepte, mit deren Hilfe die Bildungsbeteiligung von Schülern aus Zuwandererfamilien vor allem in der Sekundarstufe I deutlich gesteigert werden kann.

Wie bereits bzgl. des Handlungsfelds Sprachförderung ausgeführt, bedarf es Maßnahmen, die Eltern eine aktive Beteiligung am Bildungsprozess ihrer Kinder ermöglichen. Dazu gehören Informationsveranstaltungen über Stellenwert und Bedeutung der (vor-)schulischen und beruflichen Bildung in Deutschland, über Aufgaben und Verantwortung von Eltern und Schule sowie Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für die Eltern selbst, um ihnen eine möglichst aktive Begleitung der Bildungskarriere ihrer Kinder zu ermöglichen.

Im Sinne einer nachhaltigen und ganzheitlichen Bildungsförderung sollte die Verwirklichung dieser Ansätze vor Ort in Netzwerkstrukturen eingebettet sein, die vorschulische Einrichtungen, Schulen und Berufsschulen, Institutionen der Jugendsozialarbeit, Elterninitiativen, Träger von (Eltern- / Frauen-) Integrationskursen, Migrantenorganisationen und weitere relevante Akteure wie Verbände und Unternehmen miteinander verzahnen. Auf Basis entsprechender Netzwerke können Maßnahmen der Bildungsförderung für Schüler und Jugendliche mit Migrationshintergrund in folgender Form realisiert werden:

- Maßnahmen zur Beteiligung der Eltern an der Schul- und Bildungslaufbahn ihrer Kinder im Rahmen von ergänzenden Maßnahmen zum (Eltern- / Frauen-) Integrationskurs bzw. Verbundprojekten
- Verbundprojekte, in denen der Integrationskurs mit dem Erwerb eines Schulabschlusses verknüpft wird
- Anbindung von (Berufs-) Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten an die Arbeit von Netzwerken der Integrationsförderung
- Entwicklung innovativer Konzepte zur dauerhaften außerschulischen, schulischen, und beruflichen Bildungsförderung für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund vor Ort

Integration durch berufliche Teilhabe

Hauptursache für die mangelnde Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind die durchschnittlich geringeren Berufs- und Bildungsabschlüsse. Verstärkt wird dies durch die geringe Beteiligung der Zielgruppe an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.

Mit Blick auf die Zielgruppe Jugendliche mit Migrationshintergrund besteht – ähnlich wie im Bereich Sprach- und Bildungsförderung – aus diesem Grund zunächst Bedarf an Konzepten für eine durchgängige arbeitsmarktorientierte Eingliederungsförderung an den Schnittstellen Schule / Berufsschule und Ausbildung / Beruf. Hier sind aufeinander abgestimmte, bedarfs- und zielgruppenorientierte Maßnahmenkonzepte für ein erfolgreiches Übergangsmanagement zwischen den einzelnen Bildungsphasen von der Schule über die Ausbildung bis zum Eintritt ins reguläre Erwerbsleben erforderlich. Hinsichtlich einer erfolgreichen beruflichen Integration bedarf es vor allem Konzepte für eine stärkere Vernetzung der Schule mit der beruflichen Praxis ähnlich dem Verbundprojekteansatz im Integrationskursbereich, beispielsweise über unterrichtsbegleitende Berufsorientierungsmaßnahmen und Patenschaften von und Kooperationsprojekte mit ortsansässigen Unternehmen. Dies bedingt auch eine an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und den spezifischen Bedürfnissen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund orientierte Qualifizierung des Lehrpersonals allgemein bildender Schulen.

⁶ Nationaler Integrationsplan, S. 63.

Parallel dazu sollten – wie schon für die Handlungsfelder Sprachförderung und Bildung ausgeführt – die Eltern in den Berufsorientierungsprozess ihrer Kinder eingebunden werden. Darüber hinaus sind Kompetenzen und Ressourcen von Migrantenselbstorganisationen für den Prozess der Ausbildungs- und Berufsorientierung unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund besser zu nutzen. Mitarbeiter von Migrantenorganisationen sollten über entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten verstärkt in die Lage versetzt werden, ihrerseits zielgruppenspezifische Beratungs- und Informationsangebote zur Ausbildungs- und Berufsorientierung zu unterbreiten.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung bedarf es innovativer zielgruppenspezifischer Konzepte, um Zuwanderern den Zugang zu entsprechenden Angeboten zu erleichtern. Eine Möglichkeit besteht darin, im Rahmen von Verbundprojekten den Integrationskurs gezielt mit Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung zu verknüpfen. Hierzu bedarf es vor allem einer engen Zusammenarbeit zwischen den Trägern von Integrationskursen, Beratungsdiensten und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, der Bundesagentur für Arbeit, den Arbeitsgemeinschaften und den Optionskommunen, ortsansässigen Unternehmen, Stiftungen, Verbänden, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen. Auf Ebene von kommunalen Integrationsnetzwerken lassen sich anhand vorhandener Bedarfe vor Ort entsprechende Verbundprojektkonzepte entwickeln und umsetzen. Bedarf besteht vor allem an Integrationskursen im Verbund mit Maßnahmen

- der berufsbezogenen Sprachförderung
- der Berufsvorbereitung und –orientierung, auch Bewerbungstrainings etc. (vor allem für die Zielgruppe Jugendliche)
- zur zielgruppenspezifischen Beratung über das Bildungs- und Ausbildungssystem sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland
- zur Beratung, Nachqualifizierung und Prüfungsvorbereitung im Rahmen der Anerkennung von Berufsabschlüssen
- der beruflichen Qualifizierung in Betrieben bzw. zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses
- zur Vorbereitung auf die Existenzgründung

Über eine Zusammenarbeit mit örtlichen Integrationsnetzwerken und Migrantenselbstorganisationen besteht darüber hinaus die Möglichkeit, die interkulturellen Kompetenzen in Berufsschulen und ausbildenden Betrieben zu stärken. Auf diesem Wege können eine verbesserte Ansprache von Auszubildenden mit Migrationshintergrund erreicht, ihre zielgruppenspezifischen Bedarfe besser gedeckt und auf Misserfolgserlebnisse im Ausbildungsprozess besser eingegangen werden.

Verbundprojekte sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollten insgesamt stärker an den tatsächlichen Potenzialen der Zuwanderer ausgerichtet sein und weniger an den vermeintlichen Defiziten im Bereichen der formalen Qualifikation. Beispielsweise können länderspezifische, sprachliche und interkulturelle Kenntnisse genutzt werden, um gezielt entsprechende Bedarfe an Fachkräften in der Wirtschaft zu decken.

Insgesamt bedarf es des Aufbaus flächendeckender Strukturen zum Transfer in der Praxis erfolgreicher Ansätze und Konzepte zur beruflichen Eingliederung von Personen mit Migrationshintergrund.

Mit Blick auf die Forschung besteht ein Bedarf an differenzierten wissenschaftlichen Daten und Erkenntnissen zur Arbeitsmarktlage von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Beteiligung an bzw. ihrem Erfolg in Qualifizierungsmaßnahmen. Forschungsbedarf besteht weiterhin bzgl. der Frage, ob die Methoden der Weiterbildung in angemessener Weise die spezifischen Bedarfe von Teilnehmern mit Migrationshintergrund decken und in Verbindung damit, wie der Zugang von Zuwanderern zu beruflichen Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen optimiert werden kann.

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Akteure, Projekte und Maßnahmen auf kommunaler Ebene besteht im Handlungsfeld „Integration durch gesellschaftliche Teilhabe“ vor allem Bedarf an der Kooperation der Akteure, der Koordinierung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen einer kommunalen Integrationsstrategie sowie der Erfolgskontrolle. Diese Aufgaben können am besten im Rahmen von kommunalen Integrationsnetzwerken und Verbundprojekten gelöst werden.

Gesellschaftliche Teilhabe hat Information über konkrete Partizipationsmöglichkeiten sowie Identifikation mit dem Wohnumfeld und der Aufnahmegesellschaft insgesamt zur Voraussetzung. Über zielgruppenspezifische Informationskampagnen sollten Zuwanderer insbesondere auf entsprechende Integrationsangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Maßnahmen zur Förderung der Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft sowie der gesellschaftlichen Teilhabe sind unter anderem:

- Informationsveranstaltungen zu gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort und erweiterten Partizipationsmöglichkeiten vor und nach einer Einbürgerung
- Projekte zur Förderung der Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft und zur Übernahme von Verantwortung bei der Gestaltung des Wohnumfeldes
- Maßnahmen zur Motivation zu bürgerschaftlichem Engagement, zur Implementierung einer Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement von Zugewanderten und ihren Organisationen, zur Qualifizierung von Selbstorganisationen, zur Unterstützung der Weiterbildung und des Kompetenzerwerbs im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements

Die exemplarisch aufgeführten Maßnahmen lassen sich auch in Kombination mit dem bundesgeförderten Integrationskurs im Rahmen von Verbundprojekten umsetzen.

Zur Förderung von Identifikation und gesellschaftlicher Teilhabe sollten auch die Möglichkeiten der Medien, insbesondere der so genannten Ethnomedien, verstärkt genutzt werden. Zugleich sollte über einen verstärkten Aufgriff integrations- und zielgruppenspezifischer Themen die Attraktivität deutscher Medien, vor allem auf lokaler Ebene, für Zuwanderer erhöht werden. Diesbezüglich bieten sich unter anderem Kooperationsprojekte zwischen deutschen und Ethnomedien an.

Um Zuwanderern erweiterte Zugangsmöglichkeiten zu den verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen, kann auf die erfolgreichen Ansätze von Mentoren- und Lotsenprogrammen zurückgegriffen werden. Zu diesem Zweck sollten, auf Grund ihrer Vorbildfunktion, insbesondere Migranten zu ehrenamtlichen Integrationslotsen und Mentoren ausgebildet werden.

Die gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation von Zuwanderern setzt die Akzeptanz auf Seiten der Aufnahmegesellschaft voraus. Um letztere zu fördern, sollten gezielt Projekte unterstützt werden, die interkulturelles und interreligiöses Lernen bzw. den Umgang mit interethnischen Konflikten zum Inhalt haben. Über interkulturelle Schulungen in gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden können die Grundlagen für eine verbesserte Ansprache und Teilhabe der Zielgruppe Zuwanderer gelegt werden.

Monitoring, Evaluierung, Indikatoren

Ein umfassendes, indikatorengestütztes und standardisiertes System für Maßnahmen zur Qualitäts- und Nachhaltigkeitssicherung der Integrationsförderung ist zurzeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in Entwicklung. Um insbesondere kommunalen Integrationsnetzwerken Instrumente für ein fortlaufendes Qualitätsmanagement zur Verfügung zu stellen, bedarf es der Fortentwicklung indikatorenge-

stützter Monitoring- und Evaluierungssysteme⁷ und der bedarfsgerechten Übertragung bestehender Vorschläge und Beispiele guter Praxis auf die spezifischen Bedarfe einzelner Kommunen. Ziel ist es, Monitoring und Evaluierung als feste Bestandteile kommunaler Integrationspolitik zu etablieren. Beide Instrumente

- ermöglichen Aussagen zum Stand der Integration vor Ort und
- zum Erfolg von Integrationsmaßnahmen,
- ermöglichen eine datengestützte und zeitnahe Steuerung der Integrationsförderung,
- schaffen die Grundlage für einen effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie
- Transparenz hinsichtlich des Zusammenhangs von Kosten und Nutzen der Integrationsmaßnahmen.

Kommunale Monitoring- und Evaluierungsprozesse bedürfen der Entwicklung eines entsprechenden Indikatorensystems, das in kommunale Integrationskonzepte eingebunden ist und mit dessen Hilfe die erforderlichen Daten mit vertretbarem zusätzlichem Aufwand vor Ort erhoben werden können. Voraussetzung für ein effektives Qualitätsmanagementsystem ist zudem eine möglichst differenzierte zielgruppenspezifische Datengrundlage, welche die Heterogenität der Zuwanderungsbevölkerung vor Ort widerspiegelt. Eine Datengrundlage für den Bund und die Länder bietet der Mikrozensus 2005. In den Kommunen fehlt bisher eine Datengrundlage, die nach Personen mit Migrationshintergrund differenziert. Im Bereich der städtischen Statistik wird derzeit an einem Vorschlag gearbeitet, wie der Migrationshintergrund annäherungsweise aus den Daten der Einwohnermelderegister konstruiert werden kann.

3. STRATEGIE FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DER ZIELE

Alle nachstehend aufgeführten Prioritäten und Leitaktionen haben als ausschließliche Zielgruppe Drittstaatsangehörige im Sinne der Gesetzgebung des Europäischen Integrationsfonds. Ebenfalls beziehen sich alle Indikatoren und Zielsetzungen auf diese Zielgruppe.

Im Teil b) im Rahmen jeder Priorität sind alle quantifizierten Zielsetzungen indikativ.

Beschreibung der Art und Weise, in der der Fonds zur Deckung des Bedarfs beiträgt, sowie Darlegung, welche Prioritäten aus welchem Grund gewählt wurden.

Aufgrund sinkender Zuwanderungszahlen in den letzten Jahren werden aktuell viele Maßnahmen zur Integration von bereits länger in Deutschland rechtmäßig aufhältigen Menschen mit Migrationshintergrund durchgeführt. Die dafür veranschlagten Finanzmittel sind bereits langfristig gebunden.

Demgegenüber zielen die Maßnahmen des EIF-Programms gemäß den Bestimmungen des EIF in erster Linie auf die Integration von neu zugewanderten Drittstaatsangehörigen. Diese Schwerpunktsetzung wird vor allem bei der Priorität 1 berücksichtigt.

Bei der Aufstellung der Strategie des Mehrjahresprogramms wurden alle vier Prioritäten, die in den strategischen Leitlinien der Kommission vorgegeben sind, gewählt. Während die Priorität-

⁷ Eine Handreichung für die Kommunen hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) entwickelt: Integrationsmonitoring, Materialien 2/2006.

ten 1 und 2 zwingend aufgenommen werden müssen, tragen die Prioritäten 3 und 4 zu einem kohärenten Vorgehen bei der Integration von Drittstaatsangehörigen bei.

3.1. Priorität 1: Maßnahmen zur Umsetzung der Gemeinsamen Grundprinzipien im Bereich der europäischen Integrationspolitik

Die Aufnahme dieser Priorität folgt der Verpflichtung zu ihrer Aufnahme gemäß Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013.

a) Ziel(e) der Strategie und Beispiele für Leitaktionen.

Die in diesem Rahmen verfolgte Strategie zielt darauf ab, neu zugewanderte Drittstaatsangehörige mit der Aufnahmegesellschaft vertraut zu machen und es ihnen zu ermöglichen, sich Grundkenntnisse hinsichtlich der Sprache, Geschichte, Institutionen, sozioökonomischen Merkmale, Kultur und grundlegenden Normen und Werte Deutschlands, aber auch der Europäischen Union anzueignen. Weiters soll erreicht werden, dass in der Aufnahmegesellschaft die Akzeptanz für Zuwanderung bzw. Zuwanderer geschaffen und gesteigert wird, dass die Teilhabe der Zuwanderer an Arbeitsmarktchancen gesichert und gesteigert wird, dass Zuwanderer gleichberechtigten Zugang zu den Institutionen erhalten ohne Diskriminierung zu unterliegen, dass das Zusammenleben zwischen Zuwanderern und Deutschen vor allem mittels interreligiösem Dialog und interkulturellen Kontakt insbesondere in den Stadtquartieren verbessert wird, dass die Möglichkeit des Praktizierens unterschiedlicher Religionen und kultureller Gewohnheiten gewährleistet ist und dass Zuwanderer an demokratischen Prozessen insbesondere im Feld der (kommunalen) Integrationspolitik mitwirken können.

Leitaktionen sind Maßnahmen aus den Feldern Vorintegration, Integration durch sprachliche Bildung, durch Bildung sowie durch gesellschaftliche Teilhabe, vorbereitende Maßnahmen zu späteren arbeitsmarktbezogenen Integrationsmaßnahmen und schließlich Monitoring, Evaluation und Indikatoren.

Vorintegration

Die spezifische Zielsetzung ist, dass Zuwanderer bei ihrer Ankunft in Deutschland zukünftig über einfache Deutschkenntnisse, grundlegendes Wissen über die Aufnahmegesellschaft in den Bereichen Staatssystem und Arbeitsmarkt sowie über Kenntnisse zur Verfügung stehender Maßnahmen zur Erstintegration verfügen. Dazu sind in den Herkunftsländern der Zuwanderer im Familiennachzug Maßnahmen zur Vorintegration auszubauen und zu etablieren. Auf Basis von Bedarfsanalysen soll die Infrastruktur in den wichtigsten Herkunftsgebieten bedarfsgerecht ausgebaut werden, u. a. durch die Akquise von örtlichen Partnerorganisationen zur Durchführung von Maßnahmen der Vorintegration. Zusätzlich soll eine Ausrichtung der Maßnahmen auf die Vorintegration (Sprachkurse, Vermittlung von Grundwissen über die Aufnahmegesellschaft, Information über den Arbeitsmarkt und Angebote der Erstintegration in Deutschland etc.) und eine Abstimmung mit den Erstfördermaßnahmen des Bundes, vor allem dem Integrationskurs, erfolgen sowie das Informationsangebot für die Zielgruppe und die Maßnahmenkataloge bedarfsorientiert erweitert werden.

Integration durch sprachliche Bildung

Mit Blick auf das Handlungsfeld Sprachförderung wird die Zielsetzung verfolgt, die Deutschkenntnisse unter – in erster Linie neu zugewanderten – Migranten aller Altersgruppen in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

In diesem Sinne soll der Integrationskurs mit vorlaufenden bzw. ergänzenden Sprachfördermaßnahmen im Rahmen von Verbundprojekten verknüpft werden. Auf diesem Weg soll der Zugang zur sprachlichen Erstförderung optimiert und eine bedarfsgerechte Förderung über das Niveau B1 GER hinaus sichergestellt

werden. Über lokale Integrationsnetzwerke mit allen betroffenen Akteuren gilt es bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Angebote in erster Linie für neu zugewanderte Drittstaatenangehörige zu entwickeln und zu etablieren. Außerdem soll in Kindertagesbetreuung, Vorschule, Schule, Berufsschule/Ausbildung ein flächendeckendes System an Sprachfördermaßnahmen in erster Linie für neu zugewanderte Drittstaatenangehörige etabliert werden. Besonderer Augenmerk gilt den Übergängen zwischen Bildungsinstitutionen zur Vermeidung von Brüchen in der Förderung der Kinder und Jugendlichen.

Besondere Bedeutung haben in diesem Kontext die flächendeckende Einführung standardisierter Sprachstandsmessungen, die Etablierung darauf aufbauender flächendeckender Sprachfördermaßnahmen unter Beachtung der Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen und einer Fortführung der Fördermaßnahmen, die Kooperation betroffener Bildungseinrichtungen untereinander und mit Integrationsnetzwerken vor Ort, die Einbeziehung der Eltern in den Sprachlernprozess der Kinder und auch die Fort- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung des pädagogischen Personals (Beschäftigte in der Kindertagesbetreuung und Lehrkräfte).

Integration durch Bildung

In Kontext der Integration durch Bildung geht es um die Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Migranten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Sekundarstufe I. Strategisch von Bedeutung ist hierbei, die aktive Beteiligung der Eltern am Bildungsprozess der Kinder durch verstärkte Information, die Erhebung wissenschaftlicher Erkenntnisse über geeignete Maßnahmen und Methoden der Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf Unterrichtsebene, die Qualifizierung von Lehrkräften hinsichtlich der besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und schließlich die Einbindung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in kommunale Integrationsnetzwerke.

Vorbereitende Maßnahmen zu späteren arbeitsmarktbezogenen Integrationsmaßnahmen

Integrationsmaßnahmen für Neuzuwanderer aus Drittstaaten in diesem Integrationsfeld zielen darauf ab, im Vorfeld einer konkreten Arbeitsmarktvermittlung die Arbeitsmarktreife von Drittstaatsangehörigen herzustellen und ihnen damit günstigste Bedingungen für einen erfolgreichen Arbeitsmarkteinstieg zu bieten. Solche Bedingungen können Informationen – z. T. auch schon vor Einreise nach Deutschland – über die Struktur des Arbeitsmarktsystems in Deutschland sein oder die Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sein.

Der ESF hingegen wurde als Mittel zur Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen eingerichtet, um die Unterschiede bei Wohlstand und Lebensstandard in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU abzubauen und dadurch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Der ESF dient der Förderung der Beschäftigung in der EU. Als Hauptprioritätsachsen versucht der ESF das Humankapital in Deutschland zu stärken, den transnationalen Erfahrungsaustausch, die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen und den Zugang zu Beschäftigung zu verbessern. Das ESF-BAMF-Programm richtet sich allgemein an Personen mit Migrationshintergrund, die eine berufsbezogene sprachliche und fachliche Weiterqualifizierung benötigen.

Integrationsmaßnahmen, die sich auf berufliche Einsatzfähigkeit neu zugewanderter Drittstaatsangehöriger beziehen, stehen inhaltlich in enger Verbindung mit sprachlicher Qualifizierung oder mit Maßnahmen zur Orientierung im deutschen Gesellschaftssystem. Strukturell sind sie im integrationskursnahen Bereich entweder als vorlaufende, begleitende oder unmittelbar anschließende Maßnahmen anzusiedeln. Die Vorbereitung von Zuwanderern auf reguläre Erwerbschancen soll erreicht werden durch die Entwicklung von zielgruppenspezifischen und bedarfsorientierten Konzepten für eine durchgängige arbeitsmarkt-orientierte Integrationsförderung an den Schnittstellen Schule / Ausbildung / Beruf, durch Maßnahmen

zur Vernetzung der Schule mit der beruflichen Praxis, durch arbeitsmarktorientierte Zusatzqualifizierung für Pädagogen an allgemein bildenden Schulen, durch Stärkung interkultureller Kompetenzen in Berufsschulen und ausbildenden Betrieben und mittels der Erhebung differenzierter Daten zur Arbeitsmarktlage von Personen mit Migrationshintergrund. Ebenso sollen Eltern und Migrantenorganisationen in den Prozess der Berufsorientierung stärker einbezogen werden, indem sie über verschiedenste Kanäle Informationen über Arbeitsmarkt- und Ausbildungschancen erhalten. Außerdem sind die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung von Zuwanderern an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen zu schaffen, indem beispielsweise bedarfsorientierte Angebote vermehrt an Verbundprojekte vor Ort angekoppelt werden oder indem Neuzuwanderer verstärkt im Rahmen der Migrationsberatung über entsprechende Angebote aufgeklärt werden.

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an allen Bereichen des alltäglichen Lebens ist die Zielsetzung im Handlungsfeld gesellschaftliche Integration.

Die Strategie zur Zielerreichung umfasst vor allem Maßnahmen zur Information und Qualifizierung von Zuwanderern bzgl. konkreter Beteiligungsmöglichkeiten, zur Identifikation von Zuwanderern mit dem Wohnumfeld und der Aufnahmegesellschaft, zur Steigerung interkultureller Kompetenz in gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen, Verbänden, der öffentlichen Verwaltung etc. sowie zur Steigerung der Akzeptanz von Zuwanderern und Zuwanderung in der Aufnahmegesellschaft. Von strategischer Bedeutung ist weiterhin die Bündelung der vielfältigen Aktivitäten vor Ort und die Einbettung entsprechender Maßnahmen in die kommunale Integrationspolitik.

Monitoring, Evaluierung, Indikatoren

Die Entwicklung und Etablierung standardisierter Systeme für Monitoring- und Evaluationsprozesse der Integrationsfelder Vorintegration, sprachliche Bildung, Bildung, vorbereitende Maßnahmen zu späteren arbeitsmarktbezogenen Integrationsmaßnahmen, gesellschaftliche Teilhabe anhand von funktionsfähigen Indikatoren ermöglichen die Messung der Nachhaltigkeit von Integrationsmaßnahmen und erlauben konzeptionell die (Nach-)Steuerung zur Erreichung der Nachhaltigkeit. Von strategischer Bedeutung ist dabei die Entwicklung standardisierter und indikatorengestützter Bewertungssysteme sowie der verstärkte Einsatz von Evaluations- und Monitoringinstrumenten zur Bewertung von Integrationsmaßnahmen.

b) Beschreibung der betreffenden Zielsetzung(en) und der verwendeten Indikatoren

<i>Mögliche Leitaktion</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Indikatoren für die mögliche Leitaktion (Output, Outcome, Impact)</i>
Vorintegration	<p><u>Jetzige Situation</u></p> <p>Prozentsatz der Zuwanderer, die vor der Einreise an Vorintegrationsmaßnahmen teilgenommen haben: Repräsentatives Datenmaterial liegt derzeit nicht vor, allerdings ist von einer geringen Quote auszugehen.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt)</u></p> <p>Erfassung der entsprechenden Daten. Messbare Erhöhung des Prozentsatzes der Zuwanderer, die vor der Einreise an Vorintegrationsmaßnahmen teilgenommen haben.</p>	<p><u>Output</u></p> <p>Zahl und Typen der Projekte der Vorintegration Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u></p> <p>Erhöhung der Teilnehmerzahl der Vorintegrationsmaßnahmen Erhöhung des Prozentsatzes der Zuwanderer, die vor der Einreise an Vorintegrationsmaßnahmen teilgenommen haben.</p> <p><u>Impact</u></p> <p>Schaffung einer besseren Startposition. Erleichterung der Integration von Drittstaatsangehörigen. Besseres Verständnis der Gegebenheiten im Aufnahmeland.</p>
Unterstützung der Integration durch sprachliche Bildung begleitend zum Integrationskurs	<p><u>Jetzige Situation</u></p> <p>Derzeit existieren auf Bundesebene ca. 1.900 Maßnahmen, die dem Integrationskurs vor- oder nachgelagert sind oder ihn parallel begleiten.</p> <p>Aktuell ist der Sprachstand von drittstaatsangehörigen Schülern und Jugendlichen nicht zentral erfasst.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt)</u></p> <p>Angestrebt wird ein flächendeckendes Angebot entsprechend dem aktuellen Bedarf auf mindestens gleichbleibendem Niveau.</p> <p>Der Sprachstand von drittstaatsangehörigen Schülern und Jugendlichen, insbesondere am Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung, sollte messbar steigen.</p>	<p><u>Output</u></p> <p>Zahl und Typen der den Integrationskurs begleitenden Maßnahmen zum Erwerb sprachlicher Kenntnisse. Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u></p> <p>Verbesserung der Sprachkenntnisse von Drittstaatsangehörigen, insbesondere von Schülern und Jugendlichen.</p> <p><u>Impact</u></p> <p>Schaffung einer besseren Startposition. Erleichterung der Integration von Drittstaatsangehörigen.</p>

<p>Integration durch Bildung</p>	<p><u>Jetzige Situation:</u> Personen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich lt. Mikrozensus 2006 deutlich hinsichtlich der Bildungsbeteiligung von jenen ohne Migrationshintergrund: 9,4% haben keinen allgemeinen Schulabschluss und 33,8% keinen beruflichen Abschluss, (Personen ohne Migrationshintergrund: 1,5% bzw. 19,1%), wobei in allen Fällen die sich noch in Ausbildung Befindenden unberücksichtigt bleiben.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u> Verringerung des Abstands der Maßzahlen zur Bildungsbeteiligung und zu erworbenen Bildungsabschlüssen von Drittstaatsangehörigen und Personen ohne Migrationshintergrund durch Senkung des Prozentsatzes bei den Drittstaatsangehörigen.</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der Bildungsprojekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u> Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Drittstaatsangehörigen. Erhöhung der Zahl von Bildungsabschlüssen und des Bildungsniveaus von Drittstaatsangehörigen.</p> <p><u>Impact</u> Schaffung einer besseren Startposition. Erleichterung der Integration von Drittstaatsangehörigen.</p>
<p>Vorbereitende Maßnahmen zu späteren arbeitsmarktbezogenen Integrationsmaßnahmen</p>	<p><u>Jetzige Situation:</u> Arbeitslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu der der Personen ohne Migrationshintergrund : Die Arbeitslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund beträgt 18 v.H., die Quote bei Personen ohne Migrationshintergrund beläuft sich auf 8 v.H..</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt) :</u> Steigerung der Ausbildungsbeteiligung von drittstaatsangehörigen Jugendlichen sowie Senkung der Arbeitslosenquote der Drittstaatsangehörigen.</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der entsprechenden Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u> Steigerung der Chancen für eine später erfolgende direkte Vermittlung in den Arbeitsmarkt</p> <p><u>Impact</u> Erleichterung der Integration von Drittstaatsangehörigen.</p>

<p>Integration durch gesellschaftliche Teilhabe</p>	<p><u>Jetzige Situation:</u> Entsprechende Daten werden derzeit statistisch nicht erfasst.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u> Im Förderzeitraum soll die Teilhabe von Drittstaatsangehörigen am gesellschaftlichen Leben messbar gesteigert werden.</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der entsprechenden Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u> Verbesserung der Kenntnisse über die Aufnahmegesellschaft. Förderung des gegenseitigen Verständnisses unterschiedlicher Kulturen und Werte.</p> <p><u>Impact</u> Erleichterung der Integration von Drittstaatsangehörigen.</p>
<p>Monitoring, Evaluation, Indikatoren</p>	<p><u>Jetzige Situation:</u> Derzeit werden nicht alle Integrationsmaßnahmen systematisch evaluiert.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u> Alle aus dem EIF finanzierten Integrationsmaßnahmen und -projekte der Priorität können systematisch evaluiert werden.</p> <p>Erfassung der jetzigen Situation und Ergebnisse für alle Zielsetzungen der Priorität.</p> <p>Effiziente, aufschlussreiche Evaluation aller Maßnahmen der Priorität</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der entsprechenden Projekte</p> <p><u>Outcome</u> Bereitstellung effizienter, standardisierter Monitorings- und Evaluierungsmethoden für alle Integrationsmaßnahmen und -projekte der Priorität.</p> <p>Monitoring und Evaluation aller Integrationsmaßnahmen und -projekte der Priorität</p> <p><u>Impact</u> Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und -maßnahmen. Erhöhung des Wissensstandes über grundlegende Integrationsprozesse und -mechanismen.</p>

- c) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Von den spezifischen Prioritäten, wie sie in der Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013 (Anhang) formuliert wurden, und bei denen der Gemeinschaftsbeitrag für die Maßnahmen auf 75% angehoben werden kann, kann die spezifische Priorität 2 „Spezielle Zielgruppen: Maßnahmen einschließlich Einführungsprogrammen und –aktivitäten, die auf die besonderen Bedürfnisse bestimmter –Gruppen wie Frauen, Jugendliche und Kinder, ältere Menschen, Analphabeten oder Personen mit Behinderungen zugeschnitten sind“ betroffen sein.

Leitaktion	Spezifische Priorität *
Unterstützung der Integration durch sprachliche Bildung begleitend zum Integrationskurs	Spezifische Priorität 2
Integration durch Bildung	Spezifische Priorität 2
vorbereitende Maßnahmen zu späteren arbeitsmarktbezogenen Integrationsmaßnahmen	Spezifische Priorität 2
Integration durch gesellschaftliche Teilhabe	Spezifische Priorität 4

* Die vorstehend angeführten Leitaktionen können teilweise eine Spezifische Priorität umsetzen. In den Jahresprogrammen wird die Kommission anhand der jeweils vorliegenden Begründung prüfen, ob die betroffenen Maßnahmen eine spezifische Priorität umsetzen. Ohne ausreichende Begründung wird die Umsetzung einer spezifischen Priorität nicht akzeptiert.

3.2. Priorität 2: Entwicklung von Indikatoren und Bewertungsmethoden zur Messung der Fortschritte, Anpassung der Strategien und Maßnahmen und zur Erleichterung der Koordination des „vergleichenden Lernens“

Die Aufnahme dieser Priorität folgt der Verpflichtung zu ihrer Aufnahme gemäß Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013.

a) Ziel(e) der Strategie und Beispiele für Leitaktionen.

In diesem Handlungsfeld wird die Zielstellung verfolgt, Monitoring und Evaluierung als feste Bestandteile der Integrationspolitik zu etablieren und im Förderzeitraum ein bundesweites Indikatorenset zu entwickeln und anzuwenden. Nicht zuletzt gehört Monitoring und Evaluation von Integrationsmaßnahmen zur Zielsetzung sowohl des Nationalen Integrationsplans wie auch des bundesweiten Integrationsprogramms gem. § 45 AufenthG. An beiden Programmen sind Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen beteiligt. Da sich Integrationsprozesse vor Ort vollziehen, wird vor allem im Rahmen kommunaler Integrationskonzepte handlungsfeldübergreifend die Etablierung entsprechender Bewertungssysteme zur Sicherung von Nachhaltigkeit und Qualität angestrebt.

Von strategischer Bedeutung ist dabei die Entwicklung standardisierter und indikatorengestützter Bewertungsinstrumente speziell für den Bereich Integrationsförderung. Der Etablierung entsprechender Systeme dient weiterhin die verstärkte Evaluierung bereits laufender Integrationsfördermaßnahmen.

b) Beschreibung der betreffenden Zielsetzung(en) und der verwendeten Indikatoren

Mögliche Leitaktion	Zielsetzung	Indikatoren für die mögliche Leitaktion (Output, Outcome, Impact)
Monitoring und Evaluierung für Integrationsmaßnahmen anhand von Indikatoren	<p><u>Jetzige Situation</u> :</p> <p>Bislang ist die Zahl systematisch evaluierter Integrationsmaßnahmen nicht bekannt</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u></p> <p>Monitoring und Evaluierung als feste Bestandteile der Integrationspolitik etablieren. Im Förderzeitraum ein bundesweites Indikatorenset entwickeln und anwenden.</p>	<p><u>Output</u></p> <p>Zahl und Typen der entsprechenden Projekte</p> <p><u>Outcome</u></p> <p>Bereitstellung standardisierter, effizienter Monitorings- und Evaluierungsmethoden für die Integrationsmaßnahmen und -politik</p> <p>Monitoring und Evaluierung der Integrationsmaßnahmen und -politik</p> <p><u>Impact</u></p> <p>Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und -maßnahmen.</p> <p>Erhöhung des Wissensstandes über grundlegende Integrationsprozesse und -mechanismen.</p>

- c) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Bei Leitaktion „Entwicklung von standardisierten und indikatorengestützten Bewertungsinstrumenten“ kann die spezifische Priorität 1 „Partizipation als Mittel zur Förderung der sozialen Integration von Drittstaatsangehörigen: Maßnahmen zur Einbeziehung von Drittstaatsangehörigen in die Formulierung und Umsetzung integrationspolitischer Konzepte und Maßnahmen“ wie sie in der Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013 (Anhang) formuliert wurde, betroffen sein.

Leitaktion	Spezifische Priorität *
Monitoring und Evaluierung für Integrationsmaßnahmen anhand von Indikatoren	Spezifische Priorität 1

* Die vorstehend angeführte Leitaktion kann teilweise eine Spezifische Priorität umsetzen. In den Jahresprogrammen wird die Kommission anhand der jeweils vorliegenden Begründung prüfen, ob die betroffenen Maßnahmen eine spezifische Priorität umsetzen. Ohne ausreichende Begründung wird die Umsetzung einer spezifischen Priorität nicht akzeptiert.

3.3. Priorität 3: Aufbau integrationspolitischer Kapazitäten, Koordinierung und Aufbau interkultureller Kompetenz in den Mitgliedstaaten auf allen Regierungsebenen

Die Wahl dieser Priorität begründet sich aus der unter Ziffer 1 beschriebenen Situation der integrationspolitischen Gegebenheiten in Deutschland. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde die Basis in der Integrationspolitik geschaffen, Koordinierung und den Aufbau von integrationspolitischen Kapazitäten voranzutreiben. In der deutschen Integrationspolitik und in seinen staatlichen Hauptinstrumenten, dem Integrationsprogramm und dem Nationalen Integrationsplan, stellt der Aufbau interkultureller Kompetenzen eine wesentliche Stütze für die gemeinsame Umsetzung von Maßnahmen zur Integration von Drittstaatsangehörigen auf allen politischen Ebenen dar.

- a) Ziel(e) der Strategie und Beispiele für Leitaktionen.

Handlungsfeldübergreifend werden die Ziele verfolgt, interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen von Verwaltung und Gesellschaft zu stärken und die interkulturelle Öffnung entsprechender Institutionen und Organisationen zu fördern. Parallel wird die Koordinierung und Bündelung der Integrationsaktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen angestrebt sowie eine Harmonisierung der entsprechenden Integrationsstrategien.

Für die Förderung der interkulturellen Kompetenz sowie der interkulturellen Öffnung von Organisationen und Institutionen ist vor allem die Umsetzung entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich.

Die Koordinierung der Integrationsaktivitäten bzw. die Vereinheitlichung entsprechender Integrationsstrategien soll über Netzwerkarbeit, die Institutionalisierung von Fachgremien, Fachtagungen, Workshops sowie Best-Practice-Plattformen zu einzelnen Themen der Integrationspolitik erfolgen.

b) Beschreibung der betreffenden Zielsetzung(en) und der verwendeten Indikatoren

Mögliche Leitaktion	Zielsetzung	Indikatoren für die mögliche Leitaktion (Output, Outcome, Impact)
Erhöhung der interkulturellen Kompetenzen öffentlicher/staatlicher Institutionen	<p><u>Letzige Situation:</u> derzeit existiert bei öffentlichen/staatlichen Institutionen keine systematischen Datenerfassung über die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an der Aufgabenerfüllung.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u> Erfassung der entsprechenden Daten. Angestrebt ist, die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Aufgabenerfüllung in öffentlichen/staatlichen Institutionen zu stärken</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u> Stärkung der interkulturellen Kapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene; Erhöhung des Wissensstandes über Maßnahmen und Tätigkeiten im Immigrations- und Integrationsbereich; Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Ebenen.</p> <p><u>Impact</u> Vereinheitlichung und Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und-maßnahmen. Erhöhung des Wissensstandes über grundlegende Integrationsprozesse und Mechanismen.</p>

<p>Verstärkung der Netzwerkarbeit zur Bündelung von Kompetenzen der öffentlichen Integrationsarbeit</p>	<p><u>Jetzige Situation:</u> Die Quantität entsprechender Netzwerkstrukturen, der Grad der Bündelung und Verzahnung integrationspolitischer Kompetenzen und Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen und die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Integrationsstrategien auf den föderalen Ebenen der Bundesrepublik sind derzeit nicht systematisch bekannt.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u> Erfassung der entsprechenden Daten. Im Förderzeitraum soll die Quantität entsprechender Netzwerkstrukturen gefördert werden. Angestrebt werden auch die messbare Steigerung des Grads der Bündelung und Verzahnung integrationspolitischer Kompetenzen und Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen sowie die messbare Erhöhung der Anzahl entwickelter und umgesetzter Integrationsstrategien auf den föderalen Ebenen der Bundesrepublik.</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u> Stärkung der interkulturellen Kapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene; Erhöhung des Wissensstandes über Maßnahmen und Tätigkeiten im Immigrations- und Integrationsbereich; Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Ebenen</p> <p><u>Impact</u> Vereinheitlichung und Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und- maßnahmen. Erhöhung des Wissensstandes über grundlegende Integrationsprozesse und Mechanismen.</p>
---	---	---

<p>Stärkung der interkulturellen Kompetenz in allen gesellschaftlichen Bereichen</p>	<p><u>Jetzige Situation:</u> Entsprechende Daten werden derzeit nicht systematisch erhoben.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u> Erfassung der entsprechenden Daten. Im Förderzeitraum soll die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Kurse zur Vermittlung interkultureller Kompetenz messbar gesteigert werden.</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u> Stärkung der interkulturellen Kapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene; Erhöhung des Wissensstandes über Maßnahmen und Tätigkeiten im Immigrations- und Integrationsbereich; Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Ebenen</p> <p><u>Impact</u> Vereinheitlichung und Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und- maßnahmen.</p> <p>Erhöhung des Wissensstandes über grundlegende Integrationsprozesse und Mechanismen.</p>
--	--	---

c) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Bei Leitaktion „Verstärkung der Netzwerkarbeit zur Bündelung von Kompetenzen der (kommunalen) Integrationsarbeit“ und bei „Stärkung der interkulturellen Kompetenz in allen gesellschaftlichen Bereichen“ sind jeweils die spezifische Prioritäten 4 „Interkultureller Dialog: Maßnahmen zur Förderung von Interaktion und Austausch, z. B. durch Stärkung des interkulturellen Dialogs [...]“ und Priorität 5 „Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft in den Integrationsprozess: Sensibilisierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur aktiven Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft in den Integrationsprozess“ wie sie in der Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013 (Anhang) formuliert wurde, betroffen.

Leitaktion	Spezifische Priorität *
Verstärkung der Netzwerkarbeit zur Bündelung von Kompetenzen der öffentlichen Integrationsarbeit	Spezifische Priorität 4
Stärkung der interkulturellen Kompetenz in allen gesellschaftlichen Bereichen	Spezifische Priorität 5

* Die vorstehend angeführten Leitaktionen können teilweise eine Spezifische Priorität umsetzen. In den Jahresprogrammen wird die Kommission anhand der jeweils vorliegenden Begründung prüfen, ob die betroffenen Maßnahmen eine spezifische Priorität umsetzen. Ohne ausreichende Begründung wird die Umsetzung einer spezifischen Priorität nicht akzeptiert.

3.4. Priorität 4: Austausch von Erfahrungen, bewährten Praktiken und Informationen zwischen den Mitgliedstaaten

Die Aufnahme dieser Priorität geschieht vor dem Hintergrund, dass die relativ weit entwickelte Integrationspolitik in Deutschland vom Austausch von Erfahrungen und bewährter Praktiken und Informationen anderer Mitgliedstaaten profitieren will, indem es diese auf Umsetzungsmöglichkeit im deutschen Kontext prüft und ggf. zur Anwendung bringt.

a) Ziel(e) der Strategie und Beispiele für Leitaktionen.

Handlungsfeldübergreifend wird das Ziel verfolgt, den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu erfolgreichen Integrationsstrategien und Maßnahmen zu fördern.

In diesem Zusammenhang werden die Netzwerkarbeit auf europäischer Ebene, die Institutionalisierung von Fachgremien, Tagungen, Workshops sowie Best-Practice-Plattformen gefördert. Nichtstaatliche Organisationen sollten an diesen Prozessen nachdrücklich beteiligt werden. Einbezogen werden können hier auch nicht-EU-Staaten, wenn sich durch deren Beteiligung für die EU-Staaten Erkenntnisse zur Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik ergeben.

b) Beschreibung der betreffenden Zielsetzung(en) und der verwendeten Indikatoren

Mögliche Leitaktion	Zielsetzung	Indikatoren für die mögliche Leitaktion (Output, Outcome, Impact)
Netzwerkarbeit auf intereuropäischer Ebene	<p><u>Jetzige Situation:</u> Die Qualität und Quantität der Vernetzung ist derzeit nicht systematisch erfasst.</p> <p><u>Zielsetzung über den Förderzeitraum 2007-2013 (insgesamt):</u> Erfassung der entsprechenden Daten. Im Förderzeitraum soll die quantitative Vernetzung der Integrationsakteure in Europa messbar verstärkt werden.</p>	<p><u>Output</u> Zahl und Typen der entsprechenden Projekte Teilnehmerzahl und -kategorien</p> <p><u>Outcome</u> Erhöhung des Wissens über best practice Methoden und des effizienteren Austausches zwischen den Mitgliedsstaaten; Erhöhung des Bewusstseins über Notwendigkeit und Wichtigkeit des zwischenstaatlichen Austausches</p> <p><u>Impact</u> Verbesserung des Staatenübergreifenden Austausches, der zwischenstaatlichen Kooperation und des gegenseitigen Lernens; Vereinheitlichung und Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und -maßnahmen. Erhöhung des Wissensstandes über grundlegende Integrationsprozesse und Mechanismen.</p>

c) Gegebenenfalls Angaben dazu, bei welchen Leitaktionen davon ausgegangen wird, dass mit ihnen spezifische Prioritäten im Rahmen der gewählten Priorität umgesetzt werden

Bezüge der Leitaktion zu spezifischen Prioritäten wie sie in der Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013 (Anhang) formuliert wurden, bestehen nicht.

4. VEREINBARKEIT MIT ANDEREN INSTRUMENTEN

Bitte geben Sie an, ob und inwieweit diese Strategie mit anderen regionalen, nationalen oder Gemeinschaftsinstrumenten vereinbar ist.

4.1. Priorität 1: Maßnahmen zur Umsetzung der Gemeinsamen Grundprinzipien im Bereich der europäischen Integrationspolitik

Die unter 3.1. dargestellte Strategie steht in Einklang mit den integrationspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Insbesondere werden auch die Fördergrundsätze der Entscheidung des Rates 2007/435/EG betreffend "Komplementarität", "Kohärenz" und "Konformität" beachtet: Die aus dem Integrationsfonds zu fördernden Projektmaßnahmen ergänzen bestehende nationale, regionale und lokale Integrationsmaßnahmen sowie Förderprogramme und stehen in ihrer Zielsetzung in Einklang mit diesen.

Der ESF wurde als Mittel zur Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen eingerichtet, um die Unterschiede bei Wohlstand und Lebensstandard in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU abzubauen und dadurch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Der ESF dient der Förderung der Beschäftigung in der EU. Als Hauptprioritätsachsen versucht der ESF das Humankapital in Deutschland zu stärken, den transnationalen Erfahrungsaustausch, die Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen und den Zugang zu Beschäftigung zu verbessern. Das ESF-BAMF-Programm richtet sich allgemein an Personen mit Migrationshintergrund, die eine berufsbezogene sprachliche und fachliche Weiterqualifizierung benötigen.

Demgegenüber zielen die Leitaktionen unter Priorität 1 gemäß den Bestimmungen des EIF auf die Integration von Drittstaatsangehörigen ab. Während mit dem ESF konkrete Maßnahmen zum Einstieg in das Arbeits- und Erwerbsleben gefördert werden können, können durch den EIF ausschließlich solche Integrationsmaßnahmen zur Förderung in Betracht kommen, die im Vorfeld die Arbeitsmarktreife von Drittstaatsangehörigen erreichen wollen und sich damit von einer geförderten, konkreten Vermittlung in den Arbeitsmarkt unterscheidet.

Die Abgrenzung zwischen dem EIF und EFF wird bereits dadurch sichergestellt, dass von den jeweiligen Fonds unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden. Darüber hinaus betreut die Zuständige Behörde den EIF und den EFF. Daher wird bereits bei der Vorbereitung der MJP/JP der jeweiligen Fonds und bei der Vergabeentscheidung die erforderliche Abstimmung innerhalb der Zuständigen Behörde vorgenommen.

Die Koordinierung zum ESF wird dadurch umgesetzt, dass zunächst eine Vorschlagsliste der zu fördernden Projekte von der Zuständigen Behörde erstellt wird. Diese Liste wird im Verfahrensgang der für den ESF zuständigen Verwaltungsbehörde beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Abstimmung zugeleitet.

4.2. Priorität 2: Entwicklung von Indikatoren und Bewertungsmethoden zur Messung der Fortschritte, Anpassung der Strategien und Maßnahmen und zur Erleichterung der Koordination des ‚vergleichenden Lernens‘

Es wird darauf geachtet, dass die unter 3.2. dargestellte Strategie in Einklang mit den integrationspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union steht. Insbesondere werden auch die Fördergrundsätze der Entscheidung des Rates 2007/435/EG betreffend "Komplementa-

rität", "Kohärenz" und "Konformität" beachtet: Die aus dem Integrationsfonds zu fördernden Projektmaßnahmen ergänzen bestehende nationale, regionale und lokale Integrationsmaßnahmen sowie Förderprogramme und stehen in ihrer Zielsetzung in Einklang mit diesen. Eine Doppelförderung findet nicht statt.

4.3. Priorität 3: Aufbau integrationspolitischer Kapazitäten, Koordinierung und Aufbau interkultureller Kompetenz in den Mitgliedstaaten auf allen Regierungsebenen

Es wird darauf geachtet, dass die unter 3.3. dargestellte Strategie in Einklang mit den integrationspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union steht. Insbesondere werden auch die Fördergrundsätze der Entscheidung des Rates 2007/435/EG betreffend "Komplementarität", "Kohärenz" und "Konformität" beachtet: Die aus dem Integrationsfonds zu fördernden Projektmaßnahmen ergänzen bestehende nationale, regionale und lokale Integrationsmaßnahmen sowie Förderprogramme und stehen in ihrer Zielsetzung in Einklang mit diesen. Eine Doppelförderung findet nicht statt.

4.4. Priorität 4: Austausch von Erfahrungen, bewährten Praktiken und Informationen zwischen den Mitgliedstaaten

Es wird darauf geachtet, dass die unter 3.4. dargestellte Strategie in Einklang mit den integrationspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union steht. Insbesondere werden auch die Fördergrundsätze der Entscheidung des Rates 2007/435/EG betreffend "Komplementarität", "Kohärenz" und "Konformität" beachtet: Die aus dem Integrationsfonds zu fördernden Projektmaßnahmen ergänzen bestehende nationale, regionale und lokale Integrationsmaßnahmen sowie Förderprogramme und stehen in ihrer Zielsetzung in Einklang mit diesen. Eine Doppelförderung findet nicht statt.

5. RAHMEN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER STRATEGIE

5.1. Die Veröffentlichung des Programms

Das Mehrjahresprogramm wird im Internet und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

5.2. Für die Umsetzung des Grundsatzes der Partnerschaft gewähltes Prinzip

In Form von Konsultationen des Bundes, der Länder sowie von Vertretern der Migrantenselbstorganisationen wird das partnerschaftliche Prinzip implementiert. Außendienstmitarbeiter werden bei der Umsetzung der Projekte Besuche vor Ort durchführen. Die Vernetzung der Akteure wird hierbei gefördert. Ergänzend wird eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit sowie der Informationsaustausch mit den Akteuren durchgeführt.

Außerdem wird bei der Auswahl der Projekte die partnerschaftliche Abstimmung mit den Ländern gesucht, die ihrerseits damit ein Recht zur Abgabe einer Stellungnahme bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Projekteschwerpunkte ausüben können. Eine Liste eingereicherter Projektanträge wird der für den ESF zuständigen Verwaltungsbehörde - die beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales - angesiedelt ist, zwecks Abstimmung zugeleitet. Dadurch lässt sich die Kooperation mit der für den ESF zuständigen Stelle sicherstellen. Die Zuständige Behörde betreut die Bearbeitung des EIF bzw. des EFF, so dass auf diese Weise die partnerschaftliche Kooperation sichergestellt ist. Bei der Ausarbeitung des Mehrjahresprogramms und der Jahresprogramme der jeweiligen Fonds sowie bei der Vergabeentscheidung leistet die Zuständige Behörde die notwendige Abstimmung.

6. INDIKATIVER FINANZPLAN

6.1. Beitrag der Gemeinschaft

Tabelle

Mehrjahresprogramm –Entwurf Finanzplan								
Tabelle 1: Gemeinschaftsbeitrag								
Mitgliedstaat: (...)								
Fonds: (...)								
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gesamt
Priorität 1: (...)	4.816.037,91	5.011.030,82	7.139.955,00	7.803.510,00	10.279.560,00	12.931.560,00	14.643.720,00	62.625.373,73
Priorität 2: (...)	2.408.018,95	2.505.515,41	3.569.977,50	3.901.755,00	5.139.780,00	6.465.780,00	7.321.860,00	31.312.686,86
Priorität 3: (...)	1.444.811,37	1.503.309,25	2.141.986,50	2.341.053,00	3.083.868,00	3.879.468,00	4.393.116,00	18.787.612,12
Priorität 4: (...)	963.207,58	1.002.206,16	1.427.991,00	1.560.702,00	2.055.912,00	2.586.312,00	2.928.744,00	12.525.074,74
Technische Hilfe	757.253,02	786.606,79	1.107.090,00	1.206.980,00	887.880,00	1.108.880,00	1.251.560,00	7.106.249,81
gesamt	10.389.328,83	10.808.668,43	15.387.000,00	16.814.000,00	21.447.000,00	26.972.000,00	30.539.000,00	132.356.997,26

Anmerkungen zu den Zahlen/Trends

Entsprechend der Prioritätensetzung wurden die Finanzmittel verteilt. Für Priorität 1 und 2 wurden anteilig höhere Mittelansätze vorgesehen, da diese Prioritäten zwingend im Mehrjahresprogramm umgesetzt werden müssen. Die Prioritäten sind aus dem verfügbaren Fördervolumen (ohne techn. Unterstützung) wie folgt festgelegt: Priorität 1: 50 v. H., Priorität 2: 25 v. H., Priorität 3: 15 v. H., Priorität 4: 10 v. H.

Der EIF beteiligt sich mit einem durchschnittlichen Gesamtbeitrag von 62,5 v. H. (s. Zif. 6.2.1); Finanzierung der Hälfte der Projekte mit 50 v. H. bzw. 75 v. H. (= 62,5 v. H.). Ungeachtet der technischen Unterstützung kommt die erhöhte Kofinanzierungsrate von 75 v. H. für Maßnahmen, die eine spezifische Priorität umsetzen, zur Anwendung. Die bei der Berechnung in Betracht gezogene Verteilung der Projekte auf Maßnahmen, die eine spezifische Priorität umsetzen, und auf andere Maßnahmen (jeweils die Hälfte) ist indikativ.

Die weitere Komplementärfinanzierung (37,5 v. H.) erfolgt zu 70 v. H. über öffentliche Zuwendungsgeber und zu 30 v. H. über private Sponsoren/Eigenanteil.

Die technische Unterstützung beträgt für die Jahre 2007 – 2010 7 v.H.zzgl. 30.000,00 €, ab 2011: 4 v.H. zzgl. 30.000,00€.

6.2. Gesamtfinanzierungsplan

Tabelle

Mehrjahresprogramm – Entwurf Finanzplan								
Tabelle 2: Gesamtfinanzplan								
Mitgliedstaat: (Deutschland)								
Fonds: (EIF)								
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gesamt
Gemeinschaftsbeitrag	10.389.328,83	10.808.668,43	15.387.000,00	16.814.000,00	21.447.000,00	26.972.000,00	30.539.000,00	132.356.997,26
Öffentliche Kofinanzierung	4.045.471,84	4.209.265,89	5.997.562,20	6.554.948,40	8.634.830,40	10.862.510,40	12.300.724,80	52.605.313,93
Private Kofinanzierung	1.733.773,65	1.803.971,09	2.570.383,80	2.809.263,60	3.700.641,60	4.655.361,60	5.271.739,20	22.545.134,54
gesamt	16.168.574,32	16.821.905,41	23.954.946,00	26.178.212,00	33.782.472,00	42.489.872,00	48.111.464,00	207.507.445,73

Anmerkungen zu den Zahlen/Trends

In Bezug auf öffentliche und private Kofinanzierungen siehe Anmerkung unter 6.1.2.

Ungeachtet der technischen Unterstützung kommt die erhöhte Kofinanzierungsrate von 75 v. H. für Maßnahmen, die eine spezifische Priorität umsetzen, zur Anwendung. Die bei der Berechnung in Betracht gezogene Verteilung der Projekte auf Maßnahmen, die eine spezifische Priorität umsetzen, und auf andere Maßnahmen (jeweils die Hälfte) ist indikativ.

Die Mittel der öffentlichen und privaten Kofinanzierung steigen von 2007 bis 2013 jährlich an. Die Steigerungsquote entspricht der des Gemeinschaftsbeitrages.

Öffentliche Kofinanzierungsmittel können aus den folgenden Bereichen eingebracht werden:

Kofinanzierungsmittel des Bundes, eines oder mehrerer Bundesländer, kommunaler Stellen oder anderer öffentlicher Stellen. Kofinanzierungsmittel privater Stellen können aus Eigenmitteln und Mitteln Dritter (z. B. Spenden, Sponsoring, etc) komplementär finanziert werden.

(Unterschrift der zuständigen Person)